

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Erbsli & Co.: Richtig tiefgefroren ist halb gegessen. Seiten 12-13

Natascha Wey

Die Co-Präsidentin der SP Frauen über



den alten und neuen Feminismus. Seite 3

Fabien Gyger

Die Unia hat einen Weltmeister. Er ist Automatiker. Seite 4

Was ist in Katalonien bloss los?

Worum es in Spanien wirklich geht und was das mit der Schweiz zu tun hat. Seite 7

EXKLUSIV

100 Jahre russische Revolution: work sprach mit Wladimir Iljitsch Uljanow

«Jetzt rede ich!»

**Das Interview +++ Nur dank den Frauen klappte die Revolution +++
Lenin und die E-Flieger +++ Jean Ziegler über Lenin und die Folgen
+++ Endo Anaconda staubt seinen Lenin ab. Seiten 2, 7, 8-9 und 10**



LENIN HIN, LENIN HER

Was würde wohl Napoleon dazu sagen, wenn er noch lebte? Oder Kleopatra? Shakespeare? Rosa Luxemburg? Oder Gott, wenn es ihn denn gibt? So fragen wir Nachgeborene uns manchmal. Ein amüsantes Gedankenspiel, weil es uns zeitreisen lässt. Unterschiedlichste Welten prallen da aufeinander. Zum Beispiel die Ewigkeit und der Spätkapitalismus im Song «Interview mit Gott» von Altrock Udo Lindenberg. Da sprechsingt der Udo: «Gleich

Die russische Revolution war eine Revolution von unten.

nach dem Werbeblock mach ich das Interview mit Gott. Gleich nach dem

Werbespot der liebe Gott. Seine Herrlichkeit zur besten Sendezeit. Einschaltquote: 100 Prozent.» Und dann donnert der Gott: «Ihr wisst doch, ich habe eure Welt so schön für euch erschaffen. Doch ihr, ihr habt sie vollgeknallt mit Waffen.»

FRISCH UND FRIVOL. Gespräche mit Jenseitigen haben ihren eigenen Charme, denn die Interviewten können sich nicht wehren. Deshalb freuen wir uns ganz besonders, Ihnen in dieser Ausgabe ein Exklusivinterview mit Wladimir Iljitsch Uljanow präsentieren zu können. Das ist möglich, weil wir Lenins Schriften studierten und das Gespräch gleich selber schrieben. Und siehe da: Der Mann nimmt auch 2017 kein Blatt vor den Mund. Er fährt SP-Chef Christian Levrat an den Karren, nimmt Donald Trump auseinander und gibt's Christoph Blocher. Ok, sein Jargon ist nicht grad twittertauglich. Aber dafür, dass er schon so lange unter Glas liegt, wirkt er ziemlich frisch und frivol.

RICHTIGE REVOLUTION. 100 Jahre russische Revolution – und immer noch wogt der Antikommunismus. Lenin als Dämon, dieses Schreckensbild wird auch heute gerne befeuert. Zum Beispiel von der «NZZ am Sonntag»: Für sie stiess der Bolschewikenführer das «Tor zur Hölle» auf. Blutorgien und Terror sieht auch der deutsche Ex-Maoist, Wendehals und Historiker Gerd Koenen, wenn er über Lenin spricht. Er zieht eine gerade Linie von Lenin zu Stalin – rettet Marx aber für die Nachwelt. Nur unfruchtbar findet solchen «Ideologiestreit» der Lausanner Historiker Hans Ulrich Jost. Er verweist auf die interessanten Erkenntnisse der neueren sozialgeschichtlichen Forschung. Diese zeigt, dass die russische Revolution eine richtige Revolution gewesen ist, nämlich eine von unten. Ein Volksaufstand aus Hunger, Armut und Kriegsmüdigkeit. Angeführt von den Petrograder Arbeiterinnen. Lenin hin, Lenin her: Nicht die «grossen» Männer haben die russische Revolution also ins Rollen gebracht, sondern die «kleinen» Frauen.

Lesen Sie den grossen Lenin-Schwerpunkt auf den Seiten 2, 7, 8, 9 und 10

Volk prügelt UBS-Chef Sergio Ermotti

Bello ciao, abfahre!



WECKRUF, DIE AUF DEN WECKER GEHEN: UBS-Banker Sergio Ermotti. FOTO: CORRIERE DEL TICINO/CARLO REGUZZI

UBS-Chef Sergio Ermotti lehnt strengere Regeln für die Banken ab. Er droht mit dem Wegzug der UBS aus der Schweiz. Und erntet einen Leserbriefsturm.

CLEMENS STUDER

Am 4. Januar 2016 stirbt in Paris der Schauspieler Michel Galabru. Einer seiner grossen Filmerefolge hiess 1959 «L'Eau à la bouche» (französisch für: Das Wasser im Mund). Die deutsche Fassung lief unter dem Titel «Die Katze lässt das Mäusen nicht». Am gleichen Tag hatte Ermotti bereits gleich viel für seine Dienste kassiert, wie der durchschnittliche Lohnabhängige bis zum 31. Dezember 2016 verdiente. Es ist Ermottis «fat cat day», wie die Briten sagen.

SCHWARZGELD-TESSIN

Sergio Ermotti (57) ist seit 2011 CEO der UBS. Sozialisiert wurde er in einem Tessin, in dem die Schwarzgeldtresore so gross waren wie der Himmel weit. Wer als Mafioso, korrupter Politiker oder auch ganz ordinärer Steuerbetrüger etwas auf sich hielt, hatte Konti im Tessin. Das war die Welt von Bank-Stift Sergio Ermotti – und sie hat sich

nicht gross verändert. Nachdem Medien über diverse undurchsichtige Panama-Mandate des damaligen UBS-Hoffnungsträgers berichtet hatten, musste der Neo-CEO kurzfristig Ordnung schaffen. Doch auch was aus den Handelsregistern verschwunden ist, bleibt im Kopf.

STEUERBETRUG

Bereits in seinem ersten Interview als UBS-Lenker sagte er: «Die Schweiz ist reich geworden durch Schwarzgeld.» Als Kritik am System war das nicht gemeint, eher als Kritik an den Kritikern und deren, so Ermotti, «Doppelmoral». Mit dieser Logik zog die UBS unter Ermotti vor den Menschenrechtsgerichtshof. Signal: Schwarzgeld ist Menschenrecht.

Ermotti fühlt sich regelmässig bemüssigt. «Weckrufe an die Schweiz» abzusetzen. Die AHV passt ihm nicht («Praserei»), Bankenregulierung schon gar nicht, die direkte Demokratie ist ihm lästig. Fleissig und bemerkenswert offen verteilt Ermotti Noten an die Politik. So gefällt ihm der Banken-gföhlige SVP-Finanzminister Ueli Maurer schon besser als die widerborstige und zähe Eveline Widmer-

Schlumpf (BDP), die auf eine Zählung der Banken setzte. Sie wusste, warum. Schliesslich war sie federführend, als die UBS mit Volksmilliarden gerettet werden musste. Was – nebenbei – nur gelang, weil eine Herz-attacke den eigentlich zuständigen Finanzminister Hans-Rudolf Merz (ehemals UBS-Angestellter und FDP) rechtzeitig aus dem Rennen genommen hatte.

In den vergangenen Jahren hat die UBS rund um den Globus Milliarden Franken an Busen bezahlen müssen. Unter anderem wegen Beihilfe zum Steuerbetrug, Bschiess mit Zinsen, Bschiess mit Wechselkursen, Bschiess mit Anlageprodukten. In Frankreich drohen weitere 6 Milliarden Busse wegen Steuerbetrugs und Geldwäscherei. Pleite gehen kann die UBS trotzdem nicht – noch immer ist sie too big to fail. Noch immer müsste im Fall der Fälle der Staat geradestehen.

DROHEN

Alles eigentlich gute Gründe für ein bisschen öffentliche Bescheidenheit, könnte man meinen. Doch nicht für Ermotti. Am Wochenende wiederholte er in der Westschweizer Sonntagszeitung

«Matin dimanche», was er bereits Anfang Oktober dem Wirtschaftsmagazin «Bloomberg Businessweek» gesagt hatte: Wenn die Schweiz nicht aufhöre, die Banken strenger zu regulieren, könnte die UBS ihren

Ermotti setzt regelmässig «Weckrufe» an die Schweiz ab.

Konzernsitz aus der Schweiz verlegen, schliesslich werde die UBS nicht mehr von Schweizer Aktionären kontrolliert.

Für einmal waren die Reaktionen heftig. Das Onlineportal «20min.ch» schaltete bis Redaktionsschluss von work 1027 Kommentare auf. Und das zu einem staubtrockenen Agenturartikel (<https://rebrand.ly/ermotti>). Mehrheitstenor: Dann geh doch, das Image der Schweiz kann nur gewinnen. In der jugendfreien Version des universellen Bankster-Slangs heisst das: time to say goodbye, Sergio! Und in der Sprache aller, die ein ganzes Jahr arbeiten müssen für das Geld, das Herr Ermotti in vier Tagen verdient: Abfahre!

Denn die Katze lässt das Mäusen nicht.

Inselspital Bern: Verwaltungsrat kommt zur Vernunft Pflegende sind wieder gefragt

Erfolg für die Pflegerinnen und Pfleger am Berner Inselspital: Sie haben nun auch in Zukunft eine feste Vertretung in der Konzernleitung.

SABINE REBER

Es war ein Schlag ins Gesicht für die 4500 Pflegerinnen und Pfleger, Therapeutinnen und Therapeuten am Berner Inselspital. Im Sommer wollte der Verwaltungsrat eine neue Leitung einsetzen – in der keine Vertretung der Pflege mehr vorgesehen war. Ein sogenannter «Chief Medical Officer», also ein Arzt, sollte die Anliegen von Medizin und Pflege gleichzeitig vertreten, so der Plan des Verwaltungsrats.

ANDERE SICHT. Damit waren die Pflegerinnen und Pfleger nicht einverstanden. Sie protestierten und forderten in einem offenen Brief, dass ihre Berufe weiterhin in der Konzernleitung ver-

treten seien. Pierric Gärtner, Pfleger in der Pneumologiestation: «Wir Pflegende als grösste Berufsgruppe im Spital müssen unbedingt mitreden können. Wir haben eine andere Sicht auf den Alltag der Menschen. Wir beziehen das Umfeld stärker ein, finden praktische Strategien, damit die Patienten ihr Leben wieder selber gestalten können.» Und letztlich gehe es

4500 Mitarbeitende wären in der Konzernleitung ohne eigene Vertretung gewesen.

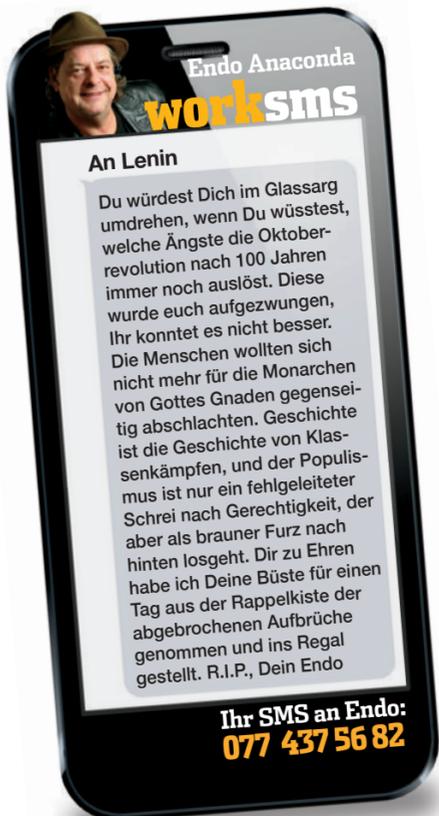
auch um die Arbeitsstellen. Gärtner: «Sonst wird die abwesende Berufsgruppe wohl am meisten unter den Sparübungen leiden.»

Nun hat der Verwaltungsrat dem Druck nachgegeben. In Zukunft wird mit Ueli von Allmen ein Vertreter der Pflegeberufe in der Konzernleitung



INSELSPITAL: Pflege redet in der Strategie wieder mit. FOTO: PANORAMIO

Einsatz nehmen. «Das ist ein schöner Erfolg der Gewerkschaften und Berufsverbände», sagt Pierric Gärtner, der sowohl beim VPOD wie beim Pflegeberufsverband SBK aktiv ist. Und er fügt an: «Zusammenstehen und gemeinsam mobilisieren lohnt sich eben schon! Ob Unia, VPOD oder Berufsverbände – wichtig ist, dass wir möglichst viele Mitglieder haben und uns alle gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.»



An Lenin

Du würdest Dich im Glassarg umdrehen, wenn Du wüsstest, welche Ängste die Oktoberrevolution nach 100 Jahren immer noch auslöst. Diese wurde euch aufgezwungen, Ihr konntet es nicht besser. Die Menschen wollten sich nicht mehr für die Monarchen von Gottes Gnaden gegenseitig abschlachten. Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen, und der Populismus ist nur ein fehlgeleiteter Schrei nach Gerechtigkeit, der aber als brauner Furz nach hinten losgeht. Dir zu Ehren habe ich Deine Büste für einen Tag aus der Rappelkiste der abgebrochenen Aufbrüche genommen und ins Regal gestellt. R.I.P., Dein Endo

Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82

Mit Gewerkschafterin Natascha Wey an der Spitze weht bei den «SP Frauen*» ein neuer Wind:

«Wir müssen weg vom reinen Gleichstellungs-Feminismus!»

Erst 15 Monate im Amt – und schon hat die neue Co-Chefin der «SP Frauen*» ein feministisches Manifest durchgebracht, das sich sehen lässt.

PATRICIA D'INCAU

work: Natascha Wey, Sie haben sich während Ihres Studiums an der Uni unter den Linken unwohl gefühlt. Warum?

Natascha Wey: An der Uni sind in der Tendenz Leute, deren Eltern auch einen höheren Bildungsgrad haben. Ich hatte das nicht. Ich hatte als erste in meiner Familie die Möglichkeit zu studieren. Es kann einschüchternd sein, wenn man mit so einem Hintergrund an die Uni kommt und auf Personen trifft, vor allem Männer, die Marx gelesen haben und all die grossen linken Denker kennen. Die eloquenten sind und mit einem völlig anderen Selbstverständnis Texte diskutieren. Nach dem Motto: Wer länger schnorret, und das möglichst kompliziert, ist der Geschicktere. Ich war dem nicht so gewachsen.

Also probierten Sie es mit den Rechten, mit der NZZ, und machten da ein Volontariat?

Ich habe meine NZZ-Zeit in guter Erinnerung. Ich wollte schreiben und musste irgendwie mein Studium finanzieren. Die NZZ war die einzige Zeitung, die damals für ein Volontariat 3000 Franken bezahlte. Ich mag es übrigens nicht, wenn man immer so tut, à la: «Was, du warst bei der NZZ? Das ist erstaunlich für eine Linke.» Was soll denn das? Gibt es vielleicht einen Prototyp der idealen linken Biographie? Muss ich einen Kurs machen, damit ich eidgenössisch diplomierte Trotzkin bin? Das macht mich «putzverrückt». Es braucht Offenheit für verschiedene Biographien und unterschiedliche Hintergründe.

Sie sind Gewerkschafterin und arbeiten beim VPOD. Welchen Einfluss hat dieser Hintergrund auf Ihre Arbeit als Co-Präsidentin der «SP Frauen*»?

In der Gewerkschaft lernt man, mit vielen unterschiedlichen Leuten zu sprechen, man lernt zu organisieren, Konflikte auszuhalten und sich zu vernetzen. Das mache ich auch bei den «SP Frauen*». Mein Ziel ist es, diese Bewegung wieder stärker zu machen, die Mitglieder-

«Wenn wir Frauen unsere Forderungen nicht immer wieder vorbringen, fallen sie unter den Tisch.»

versammlungen zu beleben. In den letzten Monaten reiste ich viel herum und traf die Frauen in den Sektionen. Dort passiert viel, es gibt sogar Neugründungen. Das

•SP Frauen*»: Seit März 2016 tragen die SP Frauen ein Sternchen (*) im Namen. Der sogenannte Asterisk steht für den Einbezug von transsexuellen Frauen.

ist aber nicht mein Verdienst, sondern hängt damit zusammen, dass das feministische Bewusstsein wieder erwacht.

War es denn eingeschlafen?

Eine Weile schienen viele Frauen das Gefühl zu haben, sie seien in Sachen Gleichstellung am Ziel. Und die Frauen, die durch die neue Frauenbewegung oder den Frauenstreik 1991 politisiert worden waren, zogen sich langsam aus der Politik zurück. Jetzt zeigt sich: wenn wir Frauen unsere Forderungen nicht immer wieder vorbringen, fallen sie unter den Tisch.

Auf Facebook schlugen Sie kürzlich vor, dass sich die «SP Frauen*» wieder «Frauenagitationskommission» nennen sollten. Unter diesem Namen hatten Arbeiterinnen im Jahr 1917 die SP Frauen gegründet – und mit ihrer Radikalität viele Genossen in den Schatten gestellt. Wollen Sie zurück nach vorne?

Von «zurück» sprechen ist immer schwierig. Aber wir «SP Frauen*» finden, dass wir die Frage nach der Arbeit, die Frauen in unserer Gesellschaft leisten, wieder in den Mittelpunkt unserer Politik stellen müssen. Also: nicht nur Gleichstel-

«Wir wollen die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen wieder stärker gewichten.»

lungsfeminismus wie beispielsweise Quotenforderungen für Verwaltungsräte, sondern die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen wieder stärker zu gewichten. Auch in unserem feministischen Manifest steht die ökonomische Situation der Frauen im Mittelpunkt.

Das Manifest fordert zum Beispiel eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche. Warum?

Wenn heute über Arbeitszeitverkürzung diskutiert wird, geschieht das sehr oft mit dem Argument der Digitalisierung. Zum Beispiel wird argumentiert, wenn Maschinen unsere Jobs übernehmen, würden wir weniger Arbeit haben. Ich finde diese Debatte wichtig.

Aber Frauen thematisieren eine Arbeitszeitverkürzung auch mit Blick auf die unbezahlte Arbeit. Zwar gehen heute mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nach als noch vor 30 Jahren, gleichzeitig schultern sie aber immer noch den grössten Teil der unbezahlten Betreuungs- und Familienarbeit, der sogenannten Care-Arbeit. Eine grosse Doppelbelastung. Und seit Jahrzehnten hat sich daran grundsätzlich nichts geändert. Deshalb ist es richtig, Forderungen wie die Arbeitszeitreduktion wieder aufs Tapet zu bringen. Denn würde die Arbeitszeit sinken, hätten die Männer keine Ausrede mehr, warum sie sich nicht stärker an der Haus- und Betreuungsarbeit beteiligen könnten.

Das heisst aber noch lange nicht, dass die Männer dann tatsächlich mehr Familien- und Hausarbeit übernehmen.



MANCHMAL WIRD SIE «PUTZVERRÜCKT»: Natascha Wey, Co-Präsidentin der «SP Frauen*». FOTO: JASMIN FREI

Klar, wenn einer den Schützen- und Fussballverein sowie seine drei politischen Ämtli auch dann noch wichtiger findet, wird sich nichts ändern. Und auch nach einer Arbeitszeitverkürzung werden Frauen vieles individuell mit Männern aushandeln müssen. Das mussten Feministinnen schon immer. Und das ist anstrengend.

Frauen verdienen heute immer noch 20 Prozent weniger als Männer. Jetzt will der Bundesrat, dass sich mittlere und grosse Unternehmen künftig alle vier Jahre auf Lohngleichheit kontrollieren lassen. Das Resultat müssten sie zwar den Angestellten mitteilen, es würde aber nicht publik. Sanktionen hätten sie keine zu befürchten. Zufrieden?

Und der Storch bringt uns die Kinder... Wir brauchen verbindliche Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten. Wir fordern auch, dass die Lohngleichheit mit Einbezug der Gewerkschaften umgesetzt werden muss. Aber es ist immerhin ein erster Schritt in Richtung Transparenz.

Ohne Lohntransparenz keine Lohngleichheit. Aber: Wie kommen wir dazu?

Indem wir bestimmter werden. Sowohl die Gewerkschaften als auch die SP müssen die Lohngleichheit zu einem ihrer Kernthemen machen und Geld für Kampagnen in die Hand nehmen.

Braucht es einen neuen Frauenstreik?

Darauf könnten wir durchaus hinarbeiten. Das geht aber nicht so schnell. Grundsätzlich gilt: all die verschiedenen Frauengruppen, die es heute gibt, müssen wieder vermehrt zusammenarbeiten, sich vernetzen und gemeinsam Aktionen entwickeln. Das ist die grosse Herausforderung der feministischen Bewegung von heute.

Die Delegierten der SP haben Ihr feministisches Manifest einstimmig angenommen. Sie stehen offenbar hinter Ihrem kämpferischeren Kurs.

Vielleicht haben sie sich auch nicht getraut, dagegen zu sein. Im Ernst, mit diesem Manifest wollten die «SP Frauen*» klarmachen,

dass Gleichstellung eine Kernarbeit der Sozialdemokratie sein muss. Das haben wir erreicht.

Was erwarten Sie von der Partei? Sie muss jetzt die Umsetzung der Forderungen prüfen. Was auf parlamentarischen Weg umgesetzt werden könnte und wo es allenfalls eine Initiative brauchte. Ich kann mich nicht erinnern, dass es – abgesehen von der Quoteninitiative – je eine Initiative im Gleichstellungsbereich gab.

workfrage:
Sind Sie für die 35-Stunden-Woche?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

NATASCHA WEY
NETZ-
WERKERIN

Seit Juli 2016 steht Natascha Wey, 35, an der Spitze der «SP Frauen*». Aufgewachsen ist sie als Tochter einer alleinerziehenden Mutter im aargauischen Untersiggenthal. Sie studierte Geschichte an der Universität Zürich. Daneben arbeitete sie bei der Bauernkrankenkasse und später bei der NZZ. Heute ist sie als Zentralsekretärin bei der Gewerkschaft VPOD tätig. Der SP trat Wey 2013 bei.

MANIFEST. Zu ihrem hundertjährigen Bestehen haben die «SP Frauen*» ein feministisches Manifest erarbeitet. Das Dokument ist eine Analyse der gegenwärtigen Situation der Frauen in der Schweiz. Weil Frauen zwar gleich viel oder mehr arbeiten als Männer und dennoch weniger Geld zur Verfügung haben, fordern die «SP Frauen*» eine bessere Abgeltung von Betreuungsarbeit, Lohngleichheit und die Einführung der 35-Stunden-Woche. Weiter verlangen sie etwa Massnahmen gegen sexualisierte Gewalt sowie mehr Schutz für Frauen auf der Flucht. Das Manifest wurde am Parteitag am 14. Oktober einstimmig angenommen, und damit wurden die Forderungen zu Kernthemen der SP gemacht.

Das Manifest im Wortlaut: rebrand.ly/manifest.



MEHR LOHN. Die Löhne bei Coop steigen 2018 im Mittel um ein Prozent. FOTO: KEY

Coop: Besserer GAV Für mich und dich und die Familie

Die meisten Coop-Angestellten bekommen nächstes Jahr mehr Lohn. Auch beim Vater- und Mutterschaftsurlaub holte die Unia Verbesserungen heraus.

CHRISTIAN EGG

Die gesamte Lohnsumme steigt um ein Prozent: Das haben Coop und die Gewerkschaften ausgehandelt. Während die Unia eine generelle Lohnerhöhung für alle gefordert hatte, wollte Coop die Löhne nur individuell erhöhen. Jetzt einigte man sich darauf, dass mindestens zwei Drittel aller Beschäftigten von der Erhöhung profitieren müssen. Für Arnaud Bouverat, der für die Unia verhandelte, ein gutes Ergebnis: «So wird das zusätzliche Prozent breit verteilt.»

Damit stehen die meisten Coop-Angestellten etwas besser da als der Durchschnitt der Arbeitnehmenden in

«Mit dem neuen Codex kann Coop Probleme nicht mehr ignorieren.»

ARNAUD BOUVERAT, UNIA

der Schweiz. Laut einer Umfrage der UBS liegt der Lohnanstieg 2018 schweizweit bei 0,7 Prozent, im Detailhandel bei 0,6 Prozent.

DREI WOCHEN PAPIZEIT

Zudem haben die Sozialpartner einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) ausgehandelt. Er bringt vor allem Verbesserungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie:

- Einen besseren Mutterschaftsurlaub, als das Gesetz vorschreibt, schon ab dem 3. Dienstjahr (bisher ab dem 4. Dienstjahr): 16 Wochen bei vollem Lohn. Obligatorisch laut Gesetz sind 14 Wochen bei 80% Lohn.
- Einen Vaterschaftsurlaub von drei Wochen (bisher eine Woche). Neu auch für Väter, die im Stundenlohn arbeiten.
- Alleinerziehende bekommen bis zu einem Monatslohn von 4600 Franken Beiträge an die Kinderbetreuung (bisher: bis 4400 Franken). Bisher floss das Geld im Rahmen eines Coop-Programms, neu ist es im GAV verankert. Bouverat: «Dadurch ist es schwerer wieder zu streichen.»
- Coop muss die Arbeitspläne neu spätestens zwei Wochen im voraus bekanntgeben (bisher: «normalerweise» zwei Wochen).

Der neue GAV stärkt auch die Gewerkschaftsrechte: Bisher brauchte es die Einwilligung von Coop, damit die Gewerkschaften die Angestellten in den Läden informieren und neue Mitglieder werben konnten. Neu müssen die Gewerkschaften solche Aktionen dem Unternehmen nur noch im Voraus bekannt geben, Coop kann sie nicht mehr verhindern.

PROBLEME LÖSEN

In einem neuen Verhaltenscodex haben Gewerkschaften und Coop zudem festgelegt, wie sie in Konfliktfällen vorgehen wollen. Bouverat: «Damit kann Coop Probleme nicht mehr ignorieren. Die Firma hat sich verpflichtet, mit den Gewerkschaften zusammen Lösungen zu suchen.»

Automatiker Fabien Gyger (19) aus dem Berner Oberland

Die Unia hat einen Weltmeister

Fabien Gyger aus Spiez BE hat an der Berufsweltmeisterschaft in Abu Dhabi Gold gewonnen. work verrät er, wie es ihm gelang, die Chinesen abzuhängen.

PATRICIA D'INCAU

«Ein bisschen müde bin ich immer noch», sagt Fabien Gyger und lächelt. Vor rund zwei Wochen hat er an den Berufsweltmeisterschaften in Abu Dhabi Gold geholt. Zur Ruhe ist der 19-Jährige seither kaum gekommen. Ein Pressetermin jagt den nächsten. Ob «Jungfrau-Zeitung» oder «Schweizer Illustrierte»: alle wollen mit Gyger sprechen. Auch work. Schliesslich ist der junge Berufsmann seit mehreren Jahren Unia-Mitglied.

GÜEZI UND SOLARZELLEN

Besonders stolz auf «seinen» Weltmeister ist man beim internationalen Technologieunternehmen Meyer Burger in Thun. Dort hat Fabien Gyger vor mehr als vier Jahren seine Lehre als Automatiker begonnen und inzwischen abgeschlossen.

Automatiker – ein Beruf, unter dem sich viele wenig vorstellen können. Gyger erklärt: Man müsse sich ein Fließband vorstellen, an dem statt Menschen Maschinen arbeiten. Ein Produkt, «zum Beispiel Güezi», kommt auf dieses Fließband und wird in verschiedenen Schritten bearbeitet. Der Automatiker ist der, der die Maschinen baut, programmiert und am Laufen hält. Bei Meyer Burger sind das nicht «Güezi», sondern Solarzellen, die mit Drahtsägen zugeschnitten werden.

WIE EIN SPITZENSORTLER

In seinem Lehrbetrieb hat Fabien Gyger im vergangenen Jahr nicht nur gearbeitet, sondern auch hart trainiert. Mehrmals in der Woche, zusammen mit seinem Teamkollegen Cédric Achermann aus dem luzernischen Altbüron.

Kennengelernt haben sich die beiden im November 2016 an den Schweizer Meisterschaften. Am ersten Wettkampftag wurden sie einander als Partner zugeteilt. Obwohl sie sich vorher noch nie begegnet waren, funktionierte das Duo auf An-



WORKINFO

ELF MAL GOLD

38 Jugendliche aus der Schweiz haben sich vom 15. bis 18. Oktober in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) mit mehr als tausend jungen Berufsleuten aus der ganzen Welt gemessen. Darunter Maurer, Plattenleger, Steinmetzinnen und Köchinnen. Das Schweizer Team holte 20 Medaillen, davon elf Mal Gold – das bisher beste Ergebnis an den Berufsweltmeisterschaften. In der Gesamtwertung landete die Schweiz auf Platz 2, hinter China. Die nächsten Berufsweltmeisterschaften finden 2019 im russischen Kazan statt. (pdi)

hieb. Sie siegten und sicherten sich ein WM-Ticket.

Von da an begann für die beiden ein straffes Programm zwischen Lehre, Berufsschule und abendlichen Übungseinheiten. Dazu kamen die Vorbereitungswochenenden mit den anderen 36 Jugendlichen aus der Schweiz, die sich ebenfalls für die Weltmeisterschaften qualifiziert

GOLDIGE LEISTUNG: Mit hartem Training schaffte es Fabien Gyger an die Weltspitze. FOTO: PATRIC SPAHNI

hatten. «Der Zusammenhalt im Team war super», sagt Fabien Gyger, der – mitten in den Weltmeisterschaftsvorbereitungen – im August auch noch die Lehrabschlussprüfung bestand.

CHINESEN ÜBERHOLT

Im Oktober ging es nach Abu Dhabi. Zusammen mit dem übrigen Berufsnachwuchs, einem Experten, einem Physiotherapeuten und einer Mentaltrainerin. Wie bei Profisportlern. Und so klingt der Jugendliche auch fast, wenn er sagt: «Es zählt nicht nur

das Können, sondern auch die mentale Stärke.»

Aufgeregt gewesen seien sie natürlich trotzdem. Doch als der Wettkampf in der Prüfungshalle begann, blieb für Nervosität keine Zeit mehr. Innert vier Tagen mussten die Automatiker eine funktionierende Maschine zusammenbauen. Sechs Aufgaben gab es zu lösen. Öfter als an früheren Weltmeisterschaften be-

«Es zählt nicht nur das Können, sondern auch die mentale Stärke.»

FABIEN GYGER, BERUFSWELTMEISTER

standen diese darin, ein angeblich defektes Bauteil zu ersetzen. «Je grösser die Maschine wurde, desto komplizierter war das», sagt Gyger.

Darauf sei niemand eingestellt gewesen. Doch: «In der Ausbildung im Betrieb haben wir es oft mit Unvorhergesehenem zu tun, und wir lernen, darauf zu reagieren», erklärt Gyger. Das war schliesslich der entscheidende Vorteil gegenüber den stärksten Mitstreitern aus China.

AM BODEN GEBLIEBEN

Wenn Gyger an die WM-Zeit zurückdenkt, dann weniger an den Sieg. Sondern mehr an die Freundschaften, die er geschlossen hat. An den Austausch mit den anderen Nationalteams und an die grosse Begrüßungsfeier in Zürich, bei der seine Familie und seine Arbeitskollegen im Publikum sassen. «Das war unglaublich», sagt er.

Und die Medaille? «Die trage ich im Moment immer mit mir herum. Weil die Journalisten gerne ein Foto davon machen», sagt der Weltmeister lachend. Sobald der Rummel vorbei ist, wird sie zu Hause an die Wand gehängt. Dann will sich der 19-Jährige auch mehr auf seine jetzige Stelle konzentrieren. Bis nächsten Sommer wird er bei Meyer Burger bleiben, neu in der Entwicklungsabteilung. «Dort habe ich mehr Zeit, um Dinge auszuprobieren», sagt er. Das gefalle ihm. Im Ausland arbeiten will der Berner Oberländer vorläufig nicht. Er findet: «Ich bin am liebsten dort, wo ich es kenne.»

Bauarbeiter demonstrieren in Olten und Lausanne für mehr Lohn

Was für ein geschämiges Angebot, Baumeister!

Nach drei Jahren ohne generelle Lohnerhöhung machen die Bauarbeiter Druck. Die Mini-Offerte der Baumeister reicht bei weitem nicht aus.

Fünfeinhalbtausend Bauarbeiter in Olten und Lausanne auf der Strasse, weitere Aktionen im Tessin und in Genf. Die Bauleute fordern 150 Franken mehr Lohn für alle in diesem und dem nächsten Jahr. Nach dem Protest legten die Chefs erstmals ein Angebot auf den Tisch. Dies, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Runden knallhart geblieben waren und nichts von einer Lohnerhöhung wissen wollten.

13 FRANKEN. Aber von einem valablen Angebot kann nicht die Rede sein: Die Baumeister bieten lediglich eine individuelle Lohnerhöhung von 0,5 Prozent an. Weiterhin verweigern sie eine Lohnanpassung für alle. Und die

Mindestlöhne sollen gar nur um 0,3 Prozent steigen. Das sind bei den tiefsten Löhnen gerade einmal 13 Franken pro Monat.

Unia-Bauchef Nico Lutz sagt klipp und klar: «Das ist inakzeptabel.» Es sei eigentlich gar kein Angebot. 0,5 Prozent müssten die Patrons ohnehin für fällige Beförderungen aufwenden. Und der minime Zustupf bei den Mindestlöhnen werde folgenlos bleiben. Lutz: «Nur wenige Bauarbeiter erhalten exakt den Mindestlohn.» Daher wollen die Gewerkschaften den Druck aufrechterhalten. Am 18. November treffen sich die Unia-Bauleute zur Berufskonferenz. Schon jetzt ist klar, dass nun Nägel mit Köpfen fällig sind. (rh)

Siehe auch unia online S. 6



OLTEN AM 21. OKTOBER: Bauleute fordern eine anständige Lohnerhöhung. Aus Respekt für ihre knochenharte Arbeit. FOTO: UNIA



SIEBENTAGEWOCHEN: In Läden an zahlreichen «Terminals des öffentlichen Verkehrs» (hier der Hardplatz) will Zürich Sonntagsarbeit zulassen. FOTO: FLORIAN BACHMANN

Arbeitsfrei? Doch nicht im rot-grünen Züri!

Stadt Zürich schafft den Sonntag ab

Wenn's nach Zürichs rot-grüner Stadtregierung geht, soll das Ladenpersonal fast flächendeckend am Sonntag arbeiten müssen. Die Unia geht jetzt gegen den Entscheid vor.

CHRISTIAN EGG

Eigentlich ist das Arbeitsgesetz klar: Sonntagsarbeit ist verboten. Denn der Sonntag ist zum Entspannen da. Und für die Familie.

Aber für viele Angestellte im Detailhandel gilt das bereits heute nicht mehr. Sie müssen auch am Sonntag an der Kasse stehen. Seit neuestem auch im Avec-Laden am Hardplatz in Zürich.

25 NEUE AUSNAHMEN

Grund ist eine neue Regelung der Stadt. Sie stuft den Hardplatz als «Terminal des öffentlichen Verkehrs» ein. Weil dort eine Tramlinie endet und mehrere Buslinien vorbeiführen. Und für Läden an solchen Terminals, sagt das Gesetz, ist Sonntagsarbeit nicht verboten.

Laut der Zürcher Interpretation gilt das neu für alle Tram- und Bushaltestellen in der Stadt, an denen im Schnitt pro Tag mehr als 15 000 Personen ein- oder aussteigen – etwa so viel wie am Bahnhof Solothurn. Auf einen Schlag hat die Stadt damit gleich an 25 Plätzen und Kreuzungen den Läden erlaubt, am Sonntag zu öffnen. Die Frage wird also bald lauten, wo die Verkäu-

ferinnen am Sonntag nicht zur Arbeit antraben müssen.

Verantwortlich für diese weitere Aushöhlung des Sonntagsarbeitsverbotes ist das Gesundheits- und Umweltdepartement von SP-Stadträtin Claudia Nielsen.

Die Unia geht jetzt juristisch gegen den Entscheid der Stadt vor. Für Lorenz Keller von der Unia Zürich ist klar: «Diese Regelung geht viel weiter, als das Gesetz erlaubt.» Mit der linken Zürcher Stadtregierung geht er hart ins Gericht: «Offenbar denken sie nur an Shopping, und die Arbeitsbedingungen und Bedürfnisse des Verkaufspersonals sind ihnen egal.»

Zu bester TV-Sendezeit warnte am vorletzten Samstag auch der katholische Theologe Arnold Landtwing vor den Folgen des Entscheids: Im «Wort zum Sonntag» sagte er, wenn sich dieser Trend fortsetze, sei es «eine Frage der Zeit, bis nicht nur das Einkaufen am Sonntag alltäglich wird, sondern auch der Abstecker an den Arbeitsplatz dazugehört». Den Zürcher Entscheid kritisierte er als «ein Rädli mehr in der Salamitaktik zum Abbau des Sonntags».

SCHLAUMEIER AM WERK

Tatsächlich haben die Detailhändler in den vergangenen Jahren das Verbot der Sonntagsarbeit immer mehr ausgehöhlt: Ausgenommen sind nicht nur Bahnhöfe, Flughäfen und Tankstellenshops. Auch in Bäckereien, Kiosken, Blumenläden und Apotheken müssen die Angestellten am Sonntag ran, wenn die Chefs es wollen. Dasselbe gilt für Betriebe in Tourismusgebieten und für Einkaufszentren in Grenznähe. Natalie Imboden, Chefin Detailhandel bei

der Unia, stellt zudem fest: «Die Turbolädeler versuchen, die Schlupflöcher immer mehr auszuweiten.» Wie weit sie dabei gehen und wie absurd ihre Argumente sind, zeigen ein paar Beispiele:

- Esslingen ZH ist ein typisches Schlafdorf. Der Betreiber des dortigen Spar-Ladens sah in der Endsta-

SP-Stadträtin Claudia Nielsen ist verantwortlich für den Coup.

tion der Forchbahn in 60 Metern Entfernung einen «Terminal des öffentlichen Verkehrs» und ordnete deshalb Sonntagsarbeit an.

- In Bern wollte der Grosse Rat die untere Altstadt pauschal zur Tourismuszone erklären und damit Sonntagsverkäufe durchdrücken.

- In Rapperswil SG war jahrelang die Migros-Filiale an der Hauptstrasse am Sonntag offen. Offiziell gehört sie zur Altstadt, und die sei Tourismusgebiet, so die Migros. Eine work-Stichprobe am Ostersonntag zeigte: Unter 46 Sonntags-Shoppern waren nur 6 Reisende aus der Fremde. Die anderen waren Einheimische oder kamen aus der Region.

- Besonders dreist: An der Basler Schifflande legen pro Tag nur eine Handvoll Schiffe an. Trotzdem wollte der Stadtentwickler Thomas Kessler den Ort flugs zum Verkehrsknotenpunkt erklären, an dem die Läden sonntags offen haben dürften.

In all diesen Fällen ist die Sonntagsarbeit heute zwar vom Tisch, meist auch dank dem Engagement der Unia. Aber das Beispiel Zürich zeigt: Der Kampf gegen die Turbolädeler geht weiter.

Lohn: Wer sich um den Zuschlag drückt

Die Turbolädeler behaupten gerne, Sonntagsarbeit sei bei den Mitarbeitenden beliebt, weil es dafür einen Lohnzuschlag gebe. Das stimmt längst nicht für alle, die am Sonntag arbeiten müssen. Denn das Gesetz schreibt nur bei vorübergehender Sonntagsarbeit einen Lohnzuschlag vor, und zwar 50 Prozent. Bei regelmässiger Sonntagsarbeit besteht kein Anrecht auf Zuschlag. Hier geht der Gesetzgeber davon aus, dass die Sonntagsentschädigung bereits im Grundlohn enthalten sei. Bessergestellt sind Angestellte von Coop und Migros. Ihre Gesamtarbeitsverträge (GAV)



WILLKÜR. Kiosk-Franchisenehmer sind nicht an den GAV gebunden. FOTO: KEYSTONE

schreiben auch bei regelmässiger Sonntagsarbeit Lohnzuschläge vor. Allerdings: Gerade Betriebe wie Coop Pronto oder Migrolino sind von den GAV ausgenommen.

DIE FRANCHISE-LÜCKE. Auf dem Papier sieht auch der GAV der Valora-Gruppe, welche die Kioske und die Avec-Läden betreibt, Zuschläge für Sonntagsarbeit vor. Doch Valora betreibt alle Avec-Läden und viele Kioske nicht selber, sondern hat sie an Franchisenehmer ausgelagert. Diese können selber entscheiden, ob sie sich dem GAV anschliessen wollen. (che)

Zukunft der AHV: Vorstösse des SGB

BERN. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) will bei der AHV-Debatte in die Offensive gehen. Zuhanden der Delegiertenversammlung vom 3. November formulierte der Vorstand mehrere Vorstösse. Unter anderem schlägt der SGB vor, mit einer Rentenerhöhung auf die steigenden Krankenkassenprämien zu reagieren. Die Mitterbetrachtung des Prämienindex bei der Anpassung der AHV-Renten dränge sich auf, schreibt der SGB. Die AHV wurde letztmals 2015 an die Preis- und Lohnentwicklung angepasst. Ausserdem sollen die nach der abgelehnten Abstimmung frei werdenden 450 Millionen Franken aus der Mehrwertsteuer nun trotzdem der AHV zugute kommen.

Arbeitsniederlegung bei ABB

GENÈVE. Rund 130 Angestellte von ABB Sécheron in Meyrin GE haben am Dienstag für zwei Stunden ihre Arbeit niedergelegt. Unterstützt von der Unia, forderten sie Arbeitsplatzgarantien und Erklärungen über den abrupten Abgang ihres Direktors Jean-Luc Favre. Nun wird befürchtet, dass 130 von 180 Jobs ins Ausland verlagert werden könnten. Entsprechende Gerüchte zirkulieren schon eine Weile. In den letzten zwei Jahren sind bereits 65 Stellen von ABB Sécheron ins Ausland verlagert worden. Die Geschäftsleitung hat für den 6. November ein Treffen mit der Personalvertretung anberaunt.

Stellenabbau im Zeitungsvertrieb

ST. GALLEN. Bei den Frühzustellerinnen und Frühzustellern der Zeitung «Ostschweiz am Sonntag» droht ein massiver Stellenabbau. Die Zeitung wird eingestellt. 110 Personen sind von Kündigungen oder Arbeitszeitreduktionen betroffen, wie die Gewerkschaft Syndicom schreibt. Die Post-Tochter Presto lasse dabei ihre Angestellten völlig im Stich; das Konsultationsverfahren sei eine reine Farce gewesen, schreibt die Zentralsekretärin von Syndicom, Sheila Winkler.

Ein Brief an den Bischof

GENÈVE. In den Genfer Altersresidenzen Notre-Dame und Plantamour streiken die Angestellten seit dem 24. Oktober. Sie protestieren damit gegen die Auslagerung des Hotelservices. Am vergangenen Samstag veranstalteten sie einen Protestmarsch durch die Stadt, an dem rund 200 Personen teilnahmen. Am Sonntag gingen sie zur Kirche Notre-Dame in Cornavin, um die Besucherinnen und Besucher der Messe über ihre Situation zu informieren, und stiessten auf grosse Solidarität. Die beiden Altersheime werden von der katholischen Kirche geführt. Darum schickte die Gewerkschaft Unia auch einen Brief an Charles Morerod, Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg, und bat ihn, sich für die Angestellten der Altersresidenzen einzusetzen.

EU stärkt autoritäres Spanien Hier naht Rajoydoğan

Einmal mehr versagt die EU-Spitze. Seit Monaten steuerten die Auseinandersetzungen zwischen Spanien und Katalonien auf eine Konfrontation zu. Die katalanische Regierung bat die EU-Spitze um Vermittlung. Niemand glaubte, dass die EU eine volle staatliche Unabhängigkeit Kataloniens unterstützen könnte; aber doch we-



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

nigstens ein föderalistisches Autonomiestatut, wie es in vielen Ländern Europas besteht. Die EU-Spitze lehnte das Vermittlungsgesuch jedoch ab und stärkte stattdessen die reaktionäre und zentralistische Regierung Spaniens von Präsident Mariano Rajoy.

Ein zweiter Erdogan ist das Letzte, was ein demokratisches Europa brauchen kann.

Als seine Vizepräsidentin Soraya Saenz de Santamaria die Schlägertrupps der Guardia Civil auf die Abstimmungslöke in Barcelona hetzte, kam aus Brüssel eine zögerliche Ermahnung, man solle doch nach einer politischen Lösung suchen.

FREIE BAHN. Zu einer politischen Lösung trug die EU-Spitze allerdings nichts bei – sie liess den autoritären Kräften in Madrid vielmehr freie Bahn. Jetzt ist die Demokratie in Katalonien abgeschafft, und de Santamaria waltet als Statthalterin mit Notstandsrecht. Dies ist umso bitterer, als die sozialen Bewegungen in Katalonien (sie kämpfen zum Teil für die Abspaltung, zum Teil für mehr Autonomie) in den letzten Jahren einen Ausbau der Demokratie vorangetrieben haben: zum Beispiel mit Bewohnerräten und mit Volksabstimmung in den Quartieren von Barcelona.

UNGLAUBWÜRDIG. In ihren Sonntagsreden beteuert die EU-Kommission, sie wolle eine partizipative Demokratie in Europa fördern. Sie möchte etwa das Initiativrecht in der EU stärken. Und sie kritisiert die Entwicklungen in Polen und Ungarn zu immer autoritäreren Regimen. Ebenso rügt die EU die Türkei wegen Erdogans Notstandsregime. All das wirkt unglaubwürdig, wenn die EU-Spitze gleichzeitig Regierungschef Rajoy freie Bahn für ein Notstandsregime in Katalonien gibt. Rajoydoğan – das ist das letzte, was ein demokratisches Europa brauchen kann.

UNIA online



Baudemos in Bild & Ton

Rund 5500 Bauarbeiter haben in Olten und Lausanne für faire Löhne demonstriert. Jetzt muss endlich Zahltag sein – die Bauarbeiter haben es verdient (siehe auch Seite 4). Video- und Bildimpressionen:

www.unia.ch/zahltag

General Electric Schweiz: Zweiter Kahlschlag angekündigt Schneider-Ammann schweigt, Deiss bleibt auf Tauchstation

Bei General Electric stehen weitere 1300 Stellen auf dem Spiel. Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann sagt einmal mehr nichts. Wie schon sein Vorgänger Joseph Deiss.

SABINE REBER

Der US-Konzern General Electric (GE) plant einen erneuten Job-Kahlschlag. Weitere 1300 Stellen sollen gestrichen werden. Weder die Schweizer Personalvertretungen noch der Europäische Betriebsrat noch die Sozialpartner wurden bisher offiziell informiert. Das aber sieht der Gesamtarbeitsvertrag der MEM-Industrie vor. Manuel Wyss, Branchenleiter MEM-Industrie bei der Unia, sagt: «Wir haben die GE-Konzernleitung deshalb schriftlich aufgefordert, unverzüglich Klarheit zu schaffen.» Wyss rechnet mit der möglichen Ankündigung eines konkreten Abbauprogramms auf Mitte November. Denn am 13. November wird John Flannery, der neue CEO bei General Electric, an einem Investorentag in den USA die Ergebnisse seiner «strategischen Überprüfung» vorstellen.

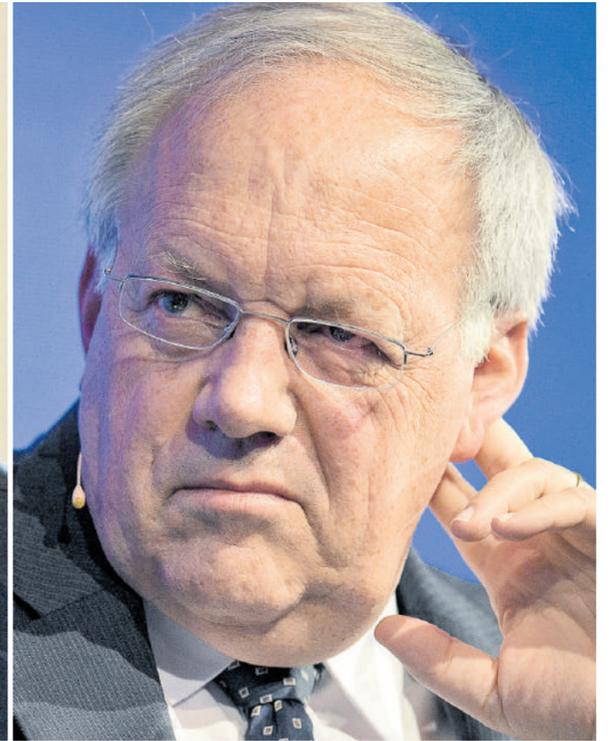
AUFWACHEN, HERR BUNDES-RAT!

Die Unia fordert Bund, Kantone und betroffene Gemeinden auf, sich aktiv um die Rettung der Schweizer Jobs zu bemühen. Insbesondere von Wirtschaftsminister Schneider-Ammann sei man einmal mehr sehr enttäuscht, sagt Unia-Mann Wyss. Im Sommer 2014 übernahm die GE die Alstom. Manuel Wyss: «Bereits damals haben wir vom Bundesrat verlangt, dass er sich im Rahmen einer aktiven Industriepolitik Garantien für den Standort Schweiz und seine Arbeitsplätze geben lasse.»

Besonders der Bereich der Gasturbinen war damals bedroht. Doch statt verbindliche Jobgarantien zu fordern, beschwichtigte Schneider-Ammann damals am Radio: «Ich bin zuversichtlich,



KEIN KOMMENTAR: Alt Bundesrat Joseph Deiss (links), Bundesrat Johann Schneider-Ammann. FOTOS: KEYSTONE



dass diese Tätigkeiten weitergeführt werden und damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben.» Jobgarantien und verbindliche Zusagen liess er sich aber keine geben. Der damalige französische Staatspräsident François Hollande hingegen hatte GE zur Schaffung von 1000 neuen Stellen verpflichtet. Noch im selben Jahr wurde die Gasturbinensparte im französischen Belfort statt in Baden AG zusammengeführt. Manuel Wyss:

Regierungen anderer Länder intervenieren – Bern bleibt passiv.

«Wo der Staat aktive Industriepolitik betreibt, werden Jobs gerettet. Gestrichen wird immer zuerst dort, wo sich die Regierung nicht wehrt.»

Und jetzt, wo ein neuer Stellenabbau droht? Bundesrat Schneider-Ammann lässt ausrichten, er äussere sich nicht «zu Ge-

rüchten über Pläne von Unternehmen». Sein Kommunikationschef Noé Blancpain weicht aus: «Klar ist, dass die Schweiz ein hervorragender, höchst wettbewerbsfähiger Standort mit exzellenten Fachkräften ist.»

WAS MACHT DEISS?

Schon Schneider-Ammanns Vorgänger Joseph Deiss (CVP), hatte sich als Volkswirtschaftsminister durch Nichtstun und seliges Vertrauen in den freien Markt hervorgetan. Nach seinem Rücktritt aus der Landesregierung wurde er Verwaltungsratspräsident des damaligen französischen Energieriesen Alstom. Und was tat er dort? Er kassierte und hatte nichts zu sagen.

Im Januar 2016 folgte dann der erste grosse Kahlschlag bei GE in der Schweiz. Damals gingen 1300 Stellen verloren. Schneider-Ammann äusserte «Verständnis» für die brutalen Abbaupläne des US-Konzerns. Statt auf den Tisch

zu hauen, war er stolz darauf, den GE-Managern mitgeteilt zu haben, «dass die Schweiz die beste Berufsbildung, den liberalsten Arbeitsmarkt und die intakteste Sozialpartnerschaft hat».

Noch Ende letzten Jahres sagte er, eine aktive Industriepolitik sei unnötig: «Das machen wir nicht – und sind damit seit Jahren sehr erfolgreich.» So erfolgreich, dass die GE-Manager im Juli 2017 gleich auch noch die bereits arg dezimierte GE Hydropower Solutions in Birr AG dichtmachten: weitere 100 Jobs weg. Die Produktion von Turbinen für Wasserkraftwerke wurde nach Bilbao (Spanien) und Grenoble (Frankreich) verlagert. Staaten, die eine aktive Industriepolitik haben und sich für die Jobs in ihren Ländern energisch einsetzen.

Und was macht eigentlich Joseph Deiss? Der tauchte nach dem ersten Kahlschlag im Januar 2016 ab – und hat sich seither nie mehr öffentlich geäussert.

Bahnlergewerkschaft fordert gleiche Löhne wie auf der Schiene Fernbusfahrer sollen fair verdienen

Die Firma Domo Reisen wird wohl die erste Fernbuskonzession der Schweiz erhalten. Doch ihre Löhne sind tief. Jetzt wehrt sich der SEV für die Angestellten.

CHRISTIAN EGG

Es ist ein Einschnitt in der Schweizer Verkehrspolitik: Schon zum Fahrplanwechsel im Dezember will der Bundesrat Busse im Fernverkehr erlauben. Als bisher einzige Firma hat Domo Reisen mit

Domo Reisen müsste die Löhne um rund 1000 Franken anheben.

Sitz im zürcherischen Glattbrugg das Gesuch für eine Konzession eingereicht.

Domo Reisen bezahlt seinen Angestellten nach eigenen Angaben 4500 Franken Lohn im Monat.

Das entspricht dem offiziellen Mindest-Einstiegslohn für Fahrerinnen und Fahrer in öffentlichen Busbetrieben. Im Branchenvergleich ist das wenig: Laut der Gewerkschaft Syndicom liegt der Durchschnittslohn einer Chauffeurin oder eines Chauffeurs bei einer regionalen Buslinie bei rund 5700 Franken. In der Stadt Zürich liegt der Mindestlohn für das Fahrpersonal laut Gesamtarbeitsvertrag GAV sogar bei 6500 Franken.

Bedingung für eine Fernbuskonzession ist, dass die Firma «branchenübliche Löhne» zahlt, so der Bundesrat. Für Giorgio Tuti, Präsident der Verkehrsgewerkschaft SEV, ist klar: «Die Löhne



BILLIGBUS: Domo will halb so teuer sein wie die Bahn. FOTO: DOMO REISEN

müssen sich an denen im Fernverkehr auf der Schiene orientieren. Und ein Lokführer verdient im Schnitt etwa 5500 Franken.»

DOMO BLOCKT. Domo Reisen müsste also seine Löhne um rund 1000 Franken anheben. Doch Patrick Angehrn von Domo Reisen blockt ab: Man könne einen Buschauffeur nicht mit einem Loko-

motivführer vergleichen. «Der Lokführer hat eine längere Ausbildung und trägt mehr Verantwortung.»

Gewerkschafter Tuti bleibt standhaft. Und kündigt an: «Wenn Domo Reisen eine Konzession bekommt, werden wir am nächsten Tag vor ihrer Haustür stehen und fordern, dass sie mit dem SEV einen GAV aushandelt.»



GENUG VOM ZENTRALISMUS: Demonstration für die Selbständigkeit Kataloniens in Barcelona. FOTO: REUTERS

Krise in Spanien: Das macht Barcelona derzeit durch

Stellen Sie sich vor, Katalonien wäre Schwyz

Was wäre, wenn der Kanton Schwyz plötzlich aus der Schweiz austreten wollte? Die Frage hilft zu verstehen, was in Spanien wirklich los ist.

MICHAEL STÖTZEL

Stellen Sie sich einmal vor: Die Schwyzer Kantonsregierung will nichts mehr wissen vom Finanzausgleich unter den Kantonen. Sie ist es leid, mit ihrem Steuergeld die nach ihren Vorurteilen langsamen Berner zu finanzieren, die faulen Genfer oder die eigensinnigen Walliser. Und beschliesst, unabhängig von der Schweiz zu werden. Der Bundesrat ist empört und ruft: Verfassungsbruch! Schwyz will daraufhin sein Volk befragen. Das verbietet die Bundesregierung, sie schickt Polizisten aus dem Aargau, um die Abstimmung zu verhindern. Trotz massiver Gewalt schaffen sie es nicht ganz. Aber sie verbreiten so viel Durcheinander, dass das Wahlergebnis, eine klare Mehrheit für den eigenen Staat, unbrauchbar ist. Trotzdem sieht sich die Schwyzer Kantonsregierung bestätigt, und eine Mehrheit des Parlaments ruft den unabhängigen Staat Schwyz aus. Der Bundesrat übernimmt daraufhin selbst die Macht im Kanton. Er erklärt das Schwyzer Parlament für aufgelöst, setzt Regierung und Polizeispitze ab – und ruft Neuwahlen aus.

Ganz unvorstellbar, finden Sie? Barcelona, die Hauptstadt Kataloniens, macht derzeit ziemlich genau all das durch.

KORRUPTION IN MADRID

Klar, der Vergleich hinkt. Im Gegensatz zu Schwyz leidet Katalonien (wie ganz Spanien) an den Folgen einer schweren Wirtschaftskrise und braucht dringend Finanzen. Trotzdem muss die Region um die 90 Prozent des Steueraufkommens an die Zentrale in Madrid abführen. Von dort fließen im Gegenzug zwar alle Ausgaben für den öffentlichen Dienst zurück. Doch bei den freien Mitteln für Investitionen wird Katalonien benachteiligt. Madrid bevorzugt traditionell die Gebiete, in denen die rechte Volkspartei (PP) oder die Sozialdemokraten (PSOE) herrschen, die bisher abwechselnd die Zentralregierung stellten. Katalonien gehört da nicht dazu.

Und wohl ganz anders als in der Schweiz ist Korruption in den Reihen der

beiden führenden Parteien inzwischen aktenkundig. Etliche ihrer Provinzfürsten stehen unter Anklage, weil sie öffentliche Mittel in die Parteikasse oder die eigene Tasche umgeleitet haben. Selbst Spaniens rechter Ministerpräsident Mariano Rajoy, der sich gegenüber Katalonien als Hüter der Verfassung gebärdet, steht mitten im Strudel von Korruptionsermittlungen.

Sich das Ganze anhand der Schweiz vorzustellen hilft aber dennoch zu verstehen, was dieser Tage in Spanien passiert.

WIE ALLES BEGANN

Der Separatismus in Katalonien hat eine lange Tradition. Bis vor wenigen Jahren weibelten allerdings nur unbedeutende Randgruppen für einen unabhängigen Staat. Das änderte sich 2010 schlagartig. Dank Mariano Rajoy, damals Oppositionsführer in Madrid. Das von seiner Partei beherrschte spanische Verfassungsgericht annullierte ein Autonomiestatut für Katalonien, auf das sich das katalanische und das spanische Parlament verständigt hatten. Im wesentlichen hätte Katalonien da-

Mit Gewalt wird Madrid den katalanischen Separatismus nicht stoppen.

mit das Recht erhalten, über einen grösseren Teil seines Steueraufkommens selbst zu entscheiden. Andere der 17 autonomen Gebiete Spaniens haben dieses Recht.

Diese Reformverweigerung der Madrider Zentrale kann als Geburtsstunde der heutigen Krise bezeichnet werden. Denn fortan erhielten die Separatisten massiven Zulauf mit ihrem nicht ganz unberechtigten Vorwurf, Katalonien werde vom übrigen Land ausgeplündert, und das Geld versickere in korrupten Kanälen. Für oder gegen die Unabhängigkeit zu sein wurde zum entscheidenden Programmpunkt aller katalanischen Parteien. Zusammenstösse mit Madrid waren absehbar. So hob das nationale Verfassungsgericht zum Beispiel das von der katalanischen Regionalregierung erlassene Verbot des Stierkampfes wieder auf. Begrün-

dung: Barcelona verstosse gegen eine alte spanische nationale Tradition.

Die Katalanen gelten mittlerweile als unsolidarisch und geizig, umgekehrt halten die Separatisten alle anderen Spanierinnen und Spanier für korrupt, faul und dumm. Mit denen wollen sie sich nicht über eine Veränderung Spaniens verständigen.

DER ANDERE WEG

Damit zerschnitten sie auch die mögliche Verbindung zur Demokratiebewegung, die in ganz Spanien erstarkt ist: Die Krisenopfer der letzten Jahre, Arbeits- und Wohnungslose, haben sich zusammengetan und mischen sich auf allen Ebenen in die Politik ein. In Madrid und Barcelona wurden mit Manuela Carmena und Ada Colau zwei Aktivistinnen dieser neuen «Bewegung der Empörten» zu Bürgermeisterinnen gewählt. Das gemeinsame politische Dach all dieser Gruppen ist die Linkspartei Podemos (Wir können es). Und Podemos verfolgt nicht nur eine gerechtere Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Partei will auch die Struktur des Landes umbauen: Aus dem zentralistisch geführten Königreich soll eine föderale Republik werden.

In der katalanischen Krise fordern Colau und Podemos deshalb jetzt: Die Bevölkerung soll in einer seriösen Wahl entscheiden können, wie sie leben will. Colau redet nur über die Freiheit der Wahl, verweigert aber jede Parteinarbeit zur Unabhängigkeit. Die nationale Führung von Podemos wirbt für den Zusammenhalt Spaniens. Mit dieser Haltung machen sich beide sowohl bei den Separatisten unbeliebt als auch bei deren Gegnerinnen und Gegnern.

Allein auf sich gestellt, ohne Unterstützung aus anderen Teilen Spaniens oder gar aus der EU (siehe auch «Riegers Europa»), konnte die Regierung Puigdemont nur scheitern. Eins scheint aber auch klar: Mit Gewalt wird Madrid den katalanischen Separatismus nicht aus der Welt schaffen.



la suisse existe
Jean Ziegler

LENIN

Fünf Milliarden besitzen 80 Prozent aller in Frankreich erscheinenden Zeitschriften und Zeitungen. Zwei Drittel aller privaten Fernseh- und Radiosender werden ebenfalls von ihnen kontrolliert. Entsprechend ist dieser Tage die Berichterstattung über Lenin und die russische Oktoberrevolution vor 100 Jahren. So heisst es: «Lenin, der Erfinder des totalitären

Die russische Revolution hat die Welt grundlegend und für immer verändert.

Staates». Oder: «Wladimir Iljitsch Uljanow Lenin, der erfolgreichste Terrorist der

Weltgeschichte». Andere westeuropäische Medien stehen den französischen Diffamierungen nicht nach. So die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens. Am Mittwoch, dem 25. Oktober, sagte ihr Chefredaktor tief sinnig in die Kamera: «Der Putsch wird bis heute verklärt.»

ZUR ERINNERUNG. Was die Hellseher vom Zürcher Leutschenbach als «Putsch» bezeichnen, war eine Revolution, die die Welt grundlegend und für immer verändert hat. Im Februar 1917 streikten in Petrograd Hunderttausende Arbeiterinnen und Soldaten gegen den mörderischen Krieg und das soziale Elend. Zar Nikolaus II. wurde gestürzt. Die Macht gehörte fortan einem Rat von Soldaten und Arbeitern, dem «Sowjet von Petrograd». Lenins Leute, die «Bolschewiki», waren in der Minderheit, hatten aber eine klare Strategie. Sie forderten einen sofortigen Waffenstillstand, die Enteignung der Grossunternehmen, eine Agrarreform und, wenn nötig, den Sturz der Regierung des Sozialdemokraten Alexander Kerenski. Am 25. Oktober besetzten die bolschewistischen Milizen die strategischen Gebäude, Kreuzungen und Brücken der Stadt. Nach kurzen Kämpfen eroberten sie den Winterpalast, den Regierungssitz. Eine neue Regierung, der Rat der Volkskommissare, präsidiert vom 48jährigen Lenin, übernahm alle Macht. Völlig überarbeitet erlitt Lenin 1922 einen ersten Gehirnschlag. Die grossartige Krupskaja, seine Frau, war die einzige, die seine Worte von seinen Lippen lesen konnte. Sie brachte regelmässig Lenins Vorschläge, Kommentare, Kritiken ins Zentralkomitee. 1924 folgte der zweite Gehirnschlag. Lenin starb. Gegen seinen zuvor geäusserten Willen übernahm Stalin, ein junger Posträuber aus Georgien, die Führung des Komitees. Er entwickelte sich zum Massenmörder schlimmster Sorte.

SIEG ÜBER DIE NAZIS. Die heute lebenden Westeuropäerinnen und Westeuropäer verdanken den sowjetischen Völkern unendlich viel. Über 6 Millionen starben bei ihrem Sieg über die Nazihorden. In der Dritten Welt gibt es wohl keine nationale Befreiungsbewegung, die ihr kolonisiertes Land ohne sowjetische Waffen und diplomatische Unterstützung hätte befreien können.

Geschichtswissenschaft ist eine komplexe, schwierige Tätigkeit. Aber der pathologische Massenmörder Stalin sollte nicht 100 Jahre danach das Bild Lenins, des führenden Kopfes der russischen Revolution, entstellen.

Mehr zur Oktoberrevolution im Dossier, Seiten 8-9

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Die russische Revolution von 1917 war eine Revolution von unten Alles begann mit den Frauen

Nicht Lenin brachte die Oktoberrevolution ins Rollen, sondern die Arbeiterinnen in Petrograd.

RALPH HUG

Das gängige Bild der Oktoberrevolution sieht so aus: Massen von roten Gardien stürmen mit Gewehren den Winterpalast des Zaren in Petrograd (heute St. Petersburg). Es stammt aus Nachszenierungen, etwa aus Sergei Eisensteins berühmtem Filmepos «Oktober». Doch so war es nicht. In Tat und Wahrheit gab es gar keinen Sturm an jenem 7. November 1917 (nach dem russischen Kalender der 25. Oktober). Der Umsturz ging fast kampflös über die Bühne.

GENIE DES AUGENBLICKS

Denn die Revolution war schon da: Krieg, Hunger und Chaos hatten das reaktionäre Zarenregime bis auf die Knochen diskreditiert. Nur ein Funke war noch nötig, um den Umsturz einzuleiten. Diesen letzten Funken lieferten die Arbeiterinnen von Petrograd im Februar 1917. Sie streikten, forderten Lebensmittel – und bald auch das Frauenstimmrecht. Da kam alles ins Rutschen. Arbeiter und Soldaten gingen auf die Strasse, Matrosen meuterten. Wenig später musste Zar Nikolaus II. abdanken. Die Februarrevolution hatte gesiegt.

Nicht «grosse» Männer standen am Anfang der russischen Revolution, sondern die «kleinen» Frauen. Die ersten Räte (Sowjets) kamen dank den Petrograder Bäuerinnen an die Macht. Der spätere Revolutionsführer Lenin befand sich in jenen Tagen noch im Exil in Zürich. Bald aber kam sein unheimliches Gespür für Strategie und Taktik zur Geltung. Lenin kehrte im plombierten Eisenbahnwagen zurück.

«Russland war reif für eine Revolution.»

ERIC HOBBSBAWM, HISTORIKER

Im Gegensatz zu anderen linken Gruppen sah er den Zeitpunkt für die Machtergreifung gekommen: «Die Regierung wankt. Man muss ihr den Rest geben, koste es, was es wolle. Vehement trieb er seine Getreuen zum Putsch.

Noch waren seine Bolschewiki eine Partei unter vielen. Lenin musste sich zeitweise tarnen. Er hatte falsche Papiere und trug Perücke. Mal verkleidete er sich als finnischer Eisenbahner, mal als lutherischer Pfarrer mit Brille.



STARKE STIMME: Die Emanzipation der Frauen war eine zentrale Forderung der Bolschewiken. (Werbeplakat von Alexander Rodtschenko für den russischen Staatsverlag Lengis, 1925)

FOTO: LULSTEIN BILD - HERITAGE IMAGES / FINE ART IMAGES

Während sich die Komitees stritten, arbeitete der schlaue Fuchs zielstrebig auf den Staatsstreich hin. Am 25. Oktober war dieser dann Tatsache. Historiker Manfred Hildermeier nennt Lenin das «Genie des Augenblicks».

IDEOLOGISCHER STREIT

Plötzlich war der Kommunismus an der Macht. Und erst noch in einem riesenreich. Ein Schock fürs Bürgertum in ganz Europa. Denn bürgerlich-kapitalistische Macht herrschte bis dato unangefochten. Jetzt nicht mehr. Fünf Jahre später kam in Moskau Stalin ans Ruder. Und mit ihm ein Terrorssystem mit Schauprozessen, Gulags und Millionen von Opfern. Daran sei Lenin schuld: Er habe zuerst den sozialen Terror entfacht. Dies war und ist die Überzeugung aller Antikommunisten. Das Bild vom Dämon Lenin ist noch heute weit verbreitet. Laut NZZ hat der Bolschewiker-Chef das «Tor zur Hölle» aufgestossen.

Aufgeschlossene Historiker können diesem ideologischen Streit über die Logik des Terrors nichts mehr abgewinnen. Hans Ulrich Jost aus Lau-

sanne meint: «Das ist Interpretations-sache und auch unfruchtbar.» Denn wichtig ist, dass die russische Revolution trotz Putsch der Bolschewiki eine richtige Revolution war. Nämlich eine von unten. Das betont Eric Hobsbawm, Autor des grossen Werks «Das Zeitalter der Extreme». Marxist Hobsbawm (1917–2012) schreibt: «Russland war reif für eine Revolution.» Das Volk wollte Frieden und Brot, die Bauern wollten eigenes Land besitzen und den verhassten Adel los werden, der sie unterdrückte. Und alle zusammen hatten sie genug vom Schlachthaus Weltkrieg. Lenin verwandelte den anarchischen Volksaufstand in bolschewistische Macht. Das sei seine aussergewöhnliche Leistung gewesen, sagt Hobsbawm. Niemand sonst sei dazu imstande gewesen.

TUMULT

Die Weltrevolution, die Lenin unbescheiden verkündete, fiel allerdings ins Wasser. 1918 zerfiel die Habsburger Monarchie, durch Ost- und Mitteleuropa schwappte eine Woge von politischen

Massenstreiks. In Deutschland rief die revolutionäre Linke Räterepubliken aus. Rechte Freikorps schlugen sie bald mit Gewalt nieder. In Bern zitterte der

«Die Regierung wankt. Man muss ihr den Rest geben.»

WLADIMIR ILJITSCH ULJANOW (LENIN)

Bundesrat, obwohl für einen revolutionären Aufstand die Voraussetzungen fehlten. Jedoch gab es in Zürich einen blutigen Tumult. Am 15. November 1917 wollten junge Linke den Sieg der Oktoberrevolution feiern. Und der radikale Pazifist Max Daetwyler rief auf dem Helvetiaplatz zur Besetzung von zwei Fabriken auf, die Munitionsteile ans kriegführende Deutschland lieferten. Die Polizei griff ein. Vier Tote und vierzig Verletzte blieben zurück.

Die erste sozialistische Revolution fand in Russland statt, im rückständigsten Land Europas. Und nicht, wie Marx es gefordert hatte, in einem fortgeschrittenen Industriestaat wie Deutschland. Lenin erkannte dies und

formulierte es in seinen «April-Thesen». Damit verstörte er die eigenen Genossen. Aber er hatte eben recht. Die russische Revolution begründete ein Zeitalter der Umstürze auf der ganzen Welt – in Mexiko, China, Kuba, Iran, Ägypten, Portugal usw. Paradoxerweise rettete Lenins Revolution auch noch den Kapitalismus, den sie abschaffen wollte. Indem sie nämlich dem Westen ermöglichte, den Zweiten Weltkrieg gegen Hitlers Faschismus zu gewinnen. Hobsbawm sagt: «Sie gab dem Kapitalismus den Anstoss, sich selber zur reformieren.» Und so lebt der Kapitalismus immer noch.

DENNETZ-TAGUNG: RUSSISCHE REVOLUTION

Das linke Denznetz veranstaltet eine Tagung zum 100. Jahrestag der russischen Revolution. Unter dem Titel **Demokratie & Sozialismus** beleuchtet sie die historischen Ereignisse und stellt in Podien und Workshops die Frage nach der Aktualität. Mit Boris Kagarlitzky, Bini Adamczak, Helmut Dahmer, Christoph Jünke, Renate Hürtgen, Gisela Notz, Bernhard Degen, Adrian Zimmermann, Urs Marti, Tamara Funicello, Balthasar Glättli, Jo Lang, Freitag, 10., und Samstag, 11. November, Hotel Bern. Programm: www.denznetz.ch.

Das grosse work-Interview mit Revolutionär Lenin

«Keine Illusionen!»

Zum hundertsten Jahrestag der russischen Revolution 1917 gelang es work, ein Interview mit Wladimir Iljitsch Uljanow zu führen. Exklusiv! Das war möglich, weil wir seine Schriften studierten und das Interview gleich selber schrieben.*

RALPH HUG UND MARIE-JOSÉE KUHN

work: Wladimir Iljitsch Uljanow, wir dachten, Sie seien schon lange tot!
Wladimir Iljitsch Uljanow: Machen wir uns keine Illusionen.

Wie meinen Sie das?

Ja, machen wir uns keine Illusionen. Ein einziger blutiger Knäuel – das ist das gesellschaftliche und politische Leben im gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt.

Moment, Moment: Könnten Sie sich zuerst kurz vorstellen? Viele Junge wissen doch gar nicht, wer Sie sind.

Ich lebte von 1870 bis 1924, stamme aus Simbirsk an der Wolga, war Chef der bolschewistischen Partei in Russland und dann 1917 der Anführer der grossen sozialistischen Oktoberrevolution. Genügt Ihnen das?

Sie heissen Uljanow, aber alle nennen Sie nur Lenin. Wie das?

Diesen Spitznamen erhielt ich, weil ich ein Oppositioneller war. 1897 verhaftete mich die zaristische Polizei und schickte mich drei Jahre in die Verbannung. An den sibirischen Fluss Lena. Daher mein Name.

Zurück zur Weltlage. Warum sehen Sie so schwarz?

Das Kapital wird durch die Arbeit der Werktätigen erschaffen, doch es zerstört den Arbeiter, ruiniert die kleinen Hand-

«Der Monopolkapitalismus erzeugt unweigerlich imperialistische Kriege.»

werker und schafft ein Heer von Arbeitslosen. Und: Der moderne, globale Monopolkapitalismus erzeugt unweigerlich imperialistische Kriege. Das wird so bleiben, solange es das Privateigentum an den Produktionsmitteln gibt.

Aber die Sowjetunion ist gescheitert, und der Kapitalismus hat überlebt. Die Kapitalisten werden uns noch den Strick verkaufen, mit dem wir sie aufknüpfen.

Schon möglich. Doch was sollen wir tun?

Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und das wird so bleiben, bis sie lernen, hinter allen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klasse zu erkennen.

Was sollen wir zum Beispiel hinter den Phrasen von US-Präsident Donald Trump sehen?

Schwindler machen immer viel Aufhebens und Lärm, und gewisse einfältige Leute halten das für Energie.

* Die Antworten sind Zitate von Lenin oder beruhen auf seinen Texten.

Und wie sehen Sie Russlands Präsidenten Wladimir Putin?

Der Grosse erscheint nur gross, wenn wir vor ihm auf den Knien rutschen.

Sie sind also noch immer recht aufmümpig drauf?

Wird das Proletariat etwa nicht fordern und durchsetzen, dass jede Familie Brot hat? Dass jedes Kind eine Flasche guter Milch bekommt und...

Sie reden wie SP-Präsident Christian Levrat. Dabei mögen Sie die Sozis gar nicht, oder?

Schlimmer, als blind zu sein, ist, nicht sehen zu wollen.

Geht es ein wenig konkreter?

Die Wahrheit ist immer konkret.

Herr Uljanow, bitte, was halten Sie von den Sozialdemokraten im Jahr 2017?

Als ich in Zürich war, habe ich den Stadtrat mit seinen Sozialdemokraten erlebt. Das sind keineswegs gewöhnliche Überläufer in das Lager des Feindes, sie sind einfach friedliche Spiesser, Opportunisten, die sich an den parlamentarischen Kleinkram gewöhnt haben und mit konstitutionell-demokratischen Illusionen belastet sind.

Hören wir da einen antidemokratischen Unterton heraus?

Demokratie ist die Vorstufe des Sozialismus.

Die direkte Demokratie der Schweiz beeindruckt Sie also gar nicht?

Bah! Zwar freier als andere Staaten, aber doch ein kleinbürgerlicher demokratischer Käfig, wie meine Frau Nadeschda Kruskaja treffend sagt.

Dann würde Ihnen die SVP gefallen. Sie ist zwar reaktionär, aber hierzulande die einzige leninistisch organisierte Kaderpartei. Straff geführt, Chef Blocher befiehlt, seine Getreuen folgen.

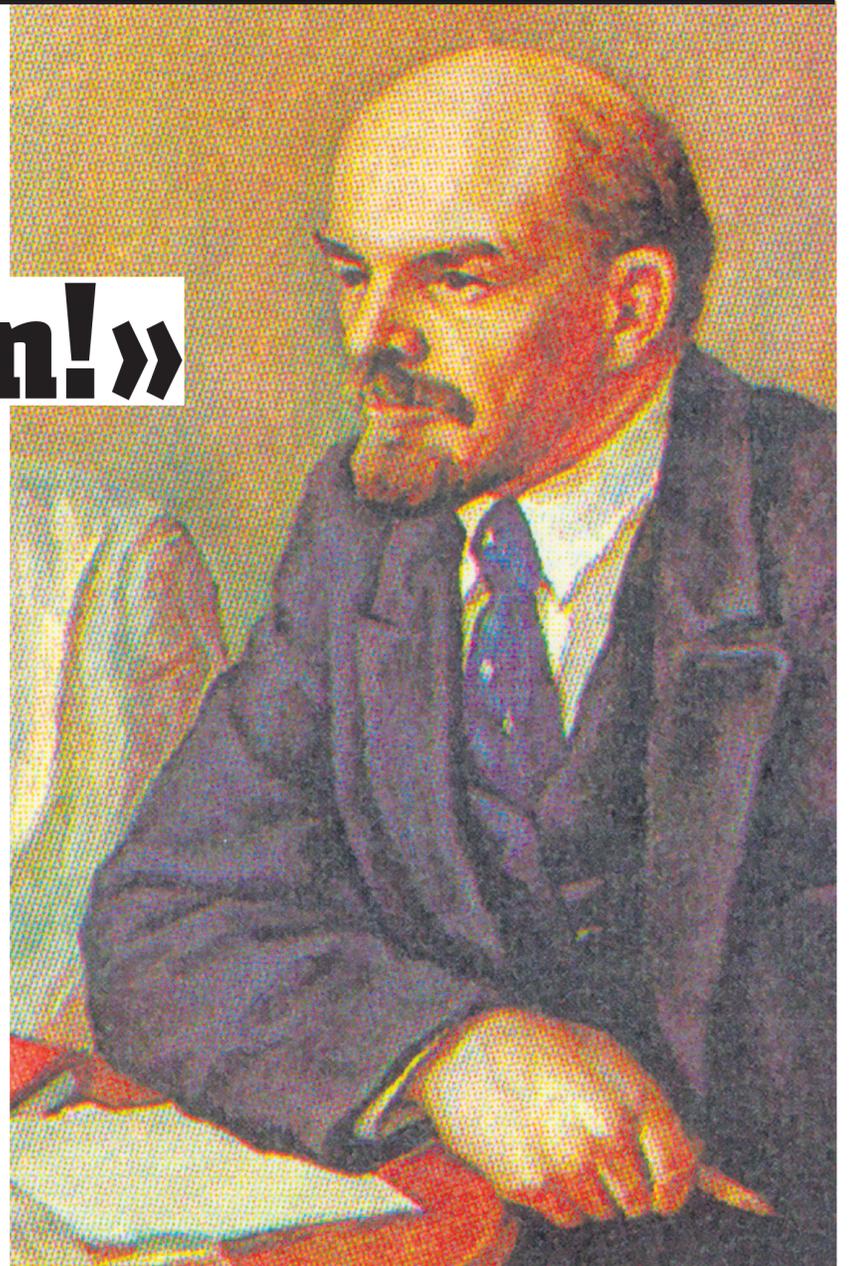
Ein Sprichwort lautet: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Das habe übrigens nicht ich erfunden, wie man mir immer unterstellt. Aber es gefällt mir gut.

Sie sind doch aber Internationalist! Warum verteidigen Sie jetzt indirekt den Nationalisten und Europassers Blocher?

Man redet jetzt viel über Nationalität und Vaterland. Alle beweihräuchern auf

«Das Grosse erscheint nur gross, wenn wir vor ihm auf den Knien rutschen.»

tausenderlei Art die Freiheit und Unabhängigkeit des «Vaterlands», die Erhabenheit des Prinzips nationaler Selbständigkeit. Man kann nicht unterscheiden, wo hier der käufliche Barde endet und wo der Durchschnittsspiesser anfängt,



LENIN ÜBER TRUMP: «Schwindler machen immer viel Aufhebens und Lärm.» FOTO: VIETNAMESSISCHE BRIEFMARKE / STOCK

der aus Stumpfsinn oder Charakterlosigkeit mit dem Strom schwimmt. Es hat auch keinen Wert, da Unterschiede zu machen. Wir haben es mit einer sehr breiten und tiefen Geistesströmung zu tun, deren Wurzeln mit den Interessen der Herren Gutsbesitzer und Kapitalisten der Grossmächte sehr fest verwachsen sind.

Das haben Sie jetzt schön gesagt. Doch zurück zu Ihrem Kontrollzwang: Ohne Vertrauen gibt es doch keine Freiheit, oder?

Freiheit in den kapitalistischen Gesellschaften ist nach wie vor mehr oder weniger das, was es auch in den griechischen Demokratien war: Freiheit für die Eigentümer von Sklaven.

Heute sind viele Menschen Sklavinnen und Sklaven ihres Handys. Finden Sie das gut?

Meine Lösung lautet: Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.

Ja, schon. Aber finden Sie es denn nicht schlimm, dass die heutige Jugend kaum mehr Bücher liest?

Sicher ist das schlimm, denn die Bibliotheken in der Schweiz sind gut. Ich war viel im Sozialarchiv sowie in der Zentralbibliothek in Zürich. Sie werden es nicht glauben: Ich las alles, sogar Abhandlun-

gen über die Fleischversorgung des Deutschen Reiches oder über das Höhenklima und seine Wirkungen auf den Menschen.

Jetzt reden Sie schon wieder nur von sich...

...hier liegt der Hund begraben!

Welcher Hund?

Tolstoi.

Wieso kommen Sie jetzt ausgerechnet auf Tolstoi?

Tolstoi gestaltete in seinen Werken – als Dichter wie als Denker und Künstler – mit erstaunlicher Prägnanz die Züge der historischen Eigenart der gesamten ersten russischen Revolution, ihre Stärke und ihre Schwäche.

Ok, Tolstoi ist aber auch schon ein Weichen tot. Glauben Sie eigentlich an die Wiedergeburt?

Die Religion ist eine Art geistiger Fusel, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.

Sie sind also gegen die Liberalisierung von Drogen?

Ich bin wirklich strikte gegen Smirnows Vorschlag, dass wir die Bauern für ihre Kartoffeln mit Alkohol zahlen sollen.

LENIN (1870–1924)

AGITATOR UND STAATSCHEF

Wladimir Iljitsch Uljanow war der Sohn eines Schulinspektors. 1893 arbeitete er als Rechtsanwalt in St. Petersburg. Wegen Agitation verbannte ihn die zaristische Polizei drei Jahre nach Sibirien. 1903 emigrierte er erstmals nach Genf. Geld verdiente er als Journalist, Autor und mit Vorträgen. 1904 stieg er in die Führung des bolschewistischen (linken) Flügels der russischen Sozialdemokratie auf.

SCHWEIZER JAHR. Von 1914 bis 1917 lebte Lenin in Bern und Zürich. An der Konferenz in Zimmerwald 1915 führte er die radikale Minderheit an. Nach der Oktoberrevolution 1917 wurde er Staatschef des ersten sozialistischen Landes der Welt. Lenin starb 1924 im Alter von 54 Jahren an einem Schlaganfall. Sein Leichnam wurde einbalsamiert. Er liegt heute in einem Mausoleum am Roten Platz in Moskau.



«KEIN PROBLEM, SONDERN DIE LÖSUNG»: Ursina Lardi spielt Lenin. FOTO: KEYSTONE

Die Frau, die Lenin spielt: Ursina Lardi

Im Stück «Lenin» tritt die Schweizer Schauspielerin Ursina Lardi (46) als russischer Revolutionär auf. Wie macht sie das?

SABINE REBER

work: Was ist das Schwierigste an der Lenin-Rolle?
Ursina Lardi: Für die einen ist Lenin ein Idol, für die anderen ein Massenmörder. Zwischen diesen beiden Extremen spannt sich die Figur auf. Viele haben eine Meinung zu Lenin, wenige ein fundiertes Wissen. Es ist also klar, dass ich, wenn ich Lenin spiele, mir wenige Freunde machen kann. Beide Lager sind enttäuscht, fast alle wissen es besser. Das muss man dann

aushalten und trotzdem versuchen, einen differenzierten Blick auf die Figur zu bekommen und diesen dann auf die Bühne zu bringen.

Als Frau eine solche Figur zu spielen, wie ist das?

Dass ich als Frau Lenin spiele, war kein Problem, sondern die Lösung. Es ist in diesem Fall sehr wichtig, dass die Entfernung des Schauspielers oder eben der Schauspielerin zur Figur gross ist. Es macht von Anfang an klar, dass es hier um eine Annäherung geht, um ein Nachdenken über Lenin und nicht darum, sich zu identifizieren, also auf irgendeine Weise den «wahren Lenin» darstellen zu wollen.

Wie sind Sie vorgegangen, als Sie sich in die Rolle Lenins hineingearbeitet haben?

Ich habe natürlich sehr viel gelesen, sowohl Texte über Lenin als auch von Lenin. Das ist sehr interessant, hilft aber auf der Bühne nicht wirklich weiter. Da geht es darum, konkret in den Situationen zu agieren, die das Stück bietet, und darauf zu bauen, dass dann die Figur entsteht. Ich habe mich aber nicht nur mit Lenin auseinandergesetzt, es ist auch unabhängig davon eine Studie über den Verfall und das Sterben eines Menschen. Da habe ich während der Proben versucht, so weit wie möglich zu gehen.

Was bedeutet Ihnen persönlich Lenin? Was die russische Revolution?

Für mich hat die Beschäftigung mit Lenin und der russischen Revolution viele Fragen aufgeworfen und wenige Antworten geliefert. «So wie es ist, kann es nicht bleiben», sagte Lenin. Ein damals wie heute sehr wahrer Satz. Er meinte damit ja nicht nur Russland, sondern die ganze Welt. Es ging um die Weltrevolution, nicht nur um die «Revolution in einem Land». Daraus wurde nichts. Die russische Revolution begann inmitten des Blutbades des Ersten Weltkriegs und endete im Blutbad des grossen stalinistischen Terrors, in Erstarung und in Isolation. Ganze

Heerscharen von Historikern haben die Gründe dieses Scheiterns analysiert. Wird es den kommenden Generationen gelingen, eine gerech-

«Viele haben eine Meinung zu Lenin, wenige ein fundiertes Wissen.»

URSINA LARDI

tere, bessere Welt zu schaffen? Da möchte ich gerne Milo Rau, den Regisseur des Stückes, zitieren: «Ich mache mir keine Illusionen, aber Hoffnung schon.»

Milo Rau & Ensemble: Lenin, Schauspielensemble Berlin, Aufführungen bis 10. Dezember 2017. rebrand.ly/leninberlin.



100 Jahre Oktoberrevolution: Elektrifizierung der Lüfte?

Lenin hat sich intensiv mit der technischen Entwicklung beschäftigt. Er hätte auch heute viel zu studieren.

Für Lenin galt: «Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.» Mit der Revolution ging einiges schief, weil diese isoliert nur in einem unterentwickelten Agrarstaat vorübergehend erfolgreich war.

Würde Lenin 100 Jahre später Elektrifizierung der Lüfte mittels erneuerbarer Energien samt sich selbst steuernden Autos und Flugzeugen fordern, die sich im Besitz der Arbeiterräte befinden? Vielleicht, vielleicht auch nicht. Aber auszuschliessen ist es nicht, weil sich die Leninisten einst – in der Tradition von Marx – intensiv mit der technischen Entwicklung beschäftigt haben.

So wie die chinesischen Kommunisten, deren Land auch dank der Kombination von Diktatur der Partei und Kapitalismus dieses Jahr kaufkraftbereinigt wirtschaftlich die USA überholt hat.

WAS FEHLT. Wohin die Reise gehen wird, wissen wir nicht. Sicher ist nur eines: Es fehlt ein attraktives Konzept für den demokratischen Bruch mit dem Kapitalismus in unseren sogenannten entwickelten Ländern des Westens.

Wenden wir uns, anstatt Trübsal zu blasen, zwei technischen Entwicklungen zu, die ihrerseits vielleicht

einiges verändern werden.

Zunum ist ein Start-up, an dem sich Boeing beteiligt hat. Boeing versteht etwas von Flugzeugen. Deshalb arbeiten bei Zunum absehbar nicht nur Luftbusse.

Die Zunum-Entwickler wollen bis 2022 für 4,5 Millionen Franken einen Elektroflieger auf den Markt bringen, der 12 Sitze aufweist. Während der ersten guten halben Stunde fliegt der Brummer nur elektrisch. Danach versorgt der Hybridmotor das auf kurzen Pisten leise startende und landende Flugzeug.

OHNE PILOT. Keine Suppe wird so heiss gegessen wie gekocht. Wenig Start-ups sind so schnell und gut wie vorerst angekündigt. Aber niemand kann ausschliessen, dass vor 2025 der erste Zunum abhebt und pro Kilometer und Sitzplatz effektiv nur Betriebskosten von 5 Rappen verursacht.

Grössere autonom gesteuerte Elektroflieger mit 52 Sitzplätzen und einer Reichweite von über 1500 Kilometern sind angedacht.



ABGEFAHREN: Ohne Pilot, dafür hybrid sollen die Zunum-Maschinen für 5 Rappen pro Sitzplatz und Kilometer ab 2022 Menschen von A nach B bringen. FOTO: PD

In einer halben Stunde wäre ein Zunum-Flieger von Zürich in Mailand. Wenn er Rom direkt ansteuert, reichen die Batterien nicht mehr aus. Ein Hybridmotor muss die Batterien nachladen.

DÜSENTRIEB. Das Unternehmen Sunfire will aus immer billiger werdenden Ökostrom einen synthetischen Brennstoff herstellen.

Wasserdampf wird mit Strom in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten. Dem Wasserstoff wird Kohlen-

dioxid beigemischt. Und das so produzierte glasklare statt pechschwarze «Blue Crude» soll neben Benzin und Diesel auch gleich das Kerosin ersetzen.

Das alles erinnert uns etwas an Daniel Düsentrieb. Aber es ist gar nicht so lange her, dass die ersten Natels schwerer waren als Maschinen-gewehre.

Uns Menschen fällt es schwer politische und technische Entwicklungen zu antizipieren und zu gestalten.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/zunum1 Ein Zunum soll 4,5 Millionen Franken kosten. Der Sitzplatz also 375000 Franken.
- rebrand.ly/zunum2 Die Homepage des Herstellers. Beteiligt sich Boeing an diesem, um das Projekt voranzubringen? Oder nur, um innovative Ansätze auszubremsen? Das Kapital ist für Verschwörungstheoretiker schlaue und hinterhältig.
- rebrand.ly/meinung Bei Heise kommentieren immer viele Leserinnen und Leser, was sie von neuen Ideen halten.
- rebrand.ly/sunfire Wenn Sunfire zu vernünftigen Kosten einen Durchbruch schafft, wäre das Speicherproblem der erneuerbaren Energien weitgehend gelöst. Und die Infrastruktur der bestehenden Raffinerien und Pipelines könnte genutzt werden.
- rebrand.ly/duesentrieb Die russische Revolution ist 100 Jahre alt. Daniel Düsentrieb – Jahrgang 1952 – 65 Jahre.
- rebrand.ly/hobsbawm Wer in das kurze Jahrhundert der Extreme eintauchen will, sollte sich diesen Vortrag von Eric Hobsbawm reinziehen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

DEINE BESTE SEITE WECKT EMOTIONEN

Wir wissen, wie Kommunikation am besten ankommt.

NZZ Media Services bringt zusammen, was zusammen gehört: die Welt des Drucks und der digitalen Medien. Wir verknüpfen und produzieren alle Arten von Publikationen plattformübergreifend. Wir bieten Ihnen Beratung, Kreation, Herstellung und Vertrieb aus einer Hand. Und decken die gesamte Palette an Dienstleistungen ab: vom Zeitungs- und Akzidenzdruck über Online-Lösungen bis zum Management von Einzelerzeugnissen und umfangreichen Druckvolumen. So präsentieren sich unsere Kunden von ihrer besten Seite.

www.nzzmediaservices.ch

NZZ media services

NZZ Media Services ist ein Unternehmen der NZZ-Mediengruppe. Deine beste Seite.

Iris Burkard - Kommunikation gestalten

Neue Studie von Arbeitsforschern beweist:

Deregulierung macht dick

Die Zahl fett-leibiger Menschen nimmt stark zu. Die wirtschaftliche Unsicherheit trägt dazu bei, sagen Forscher.

RALPH HUG

Wer hätte das gedacht? Ausgerechnet jene, die in der Politik immer von «Fitness» und «Abmagerungskur» reden, tragen zur Fettleibigkeit bei. Dies jedenfalls haben Forscher der Universität Otago in Neuseeland herausgefunden.

Am Institut für Arbeitsökonomie haben sie den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Unsicherheit und Fettleibigkeit untersucht. Die Zunahme von Menschen mit Übergewicht ist in den Industrieländern schon seit längerem ein Phänomen. Am besten sichtbar in den USA: Das erste, was einem dort auffällt, sind nämlich die vielen dicken Menschen. Fachleute sprechen bereits von einer Epidemie von Adipositas, wie krankhafte Fettleibigkeit im Fachjargon heisst. In den USA leiden bereits 35,3 Prozent daran. In Deutschland, Grossbritannien, Kanada, Neuseeland oder Tschechien sind es ebenfalls weit über ein Fünftel. Die Schweiz steht mit 10,3 Prozent noch vergleichsweise gut da. Der Schnitt in den Ländern der OECD beträgt 18,4 Prozent. Doch die Zunahme ist dramatisch, weshalb sich die Frage nach den Ursachen stellt.

FETTERESERVEN FÜR NOTZEITEN

Meist werden ungesunde Ernährung mit Fastfood und überzuckerten Limonaden sowie Bewegungsmangel als Hauptgründe genannt. Das ist auch unbestritten. Doch die Arbeits-

forscher aus Neuseeland sehen auch mangelnde wirtschaftliche Sicherheit als einen wichtigen Faktor an. Dieser sei zu 50 Prozent für die Epidemie an Fettleibigkeit verantwortlich, so ihre These in einem kürzlich veröf-

Privatisierungen stürzten Millionen ins Elend.

fentlichten Arbeitspapier. Sie stützen sich dabei auf Daten aus den USA sowie auf Annahmen aus der Verhaltensökologie. Diese besagen, dass der Energiehaushalt der Menschen von uralten physiologischen Prozessen gesteuert wird. Sie stammen aus einer Zeit, als nicht immer genug Nahrung zum Überleben vorhanden war. So legte der menschliche Körper automatisch Fettreserven an, um in Not-

So viele Menschen sind fettleibig

USA	35,3%
Mexiko	32,5%
Neuseeland	30,6%
Australien	28,3%
Kanada	25,8%
Chile	25,1%
Grossbritannien	24,9%
Deutschland	23,6%
Spanien	16,6%
Polen	15,8%
Frankreich	14,6%
Schweden	11,7%
Schweiz	10,3%
Italien	10,3%
Norwegen	10,0%

zeiten dem Hungertod zu entgehen. Auch wenn der Hunger in den Industrienationen heute keine Rolle mehr spielt, seien diese ererbten Verhal-

tensmuster immer noch wirksam, argumentieren die Forscher. Und daher gebe es in wirtschaftlich unsicheren Zeiten auch heute noch unbewusste Verfettungsreaktionen.

DER NACHWEIS

Die These wird durch eine statistische Analyse gestützt. «Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Unsicherheit und Fettleibigkeit», so die Forscher. Dabei berücksichtigten sie folgende Definitionen: Als fettleibig betrachten sie alle Personen, die einen Body-Mass-Index von über 30 haben. Und als Indikator für die Unsicherheit ziehen sie alle jene Personen einer Gruppe in Betracht, die innert eines Jahres einen Einkommensverlust vom mindestens 25 Prozent hinnehmen mussten.

DIE VERANTWORTLICHEN

Die Studienergebnisse sind plausibel. Denn gerade diejenigen Länder, die ihre Volkswirtschaften am meisten dereguliert haben, weisen auch die höchsten Zuwachsraten bei der Fettleibigkeit auf. Kein Wunder, sind dies fast alle Länder aus dem angelsächsischen Raum. Dort regiert im Fahrwasser der ehemaligen britischen Premierministerin Thatcher und des Ex-US-Präsidenten Ronald Reagan seit nunmehr über dreissig Jahren die Ideologie der Privatisierung und des Abbaus von Arbeitnehmerrechten. Sie hat Millionen von Beschäftigten in unsichere Verhältnisse gestürzt. Oder es sind Länder wie Chile, die als Versuchslabor für neoliberale Experimente herhalten mussten.

Laut den Forschern müssen hohes Übergewicht und die daraus resultierenden Gesundheitsprobleme demnach als unvorhergesehene Kosten der Deregulierung angesehen werden. In der Studie heisst es: «Die Politik der Deregulierung mag gut gemeint sein, aber sie verstärkt das Problem der wirtschaftlichen Unsicherheit und dürfte die globale Epidemie von Adipositas vermehrt haben.»

Trenton G. Smith, Steven Stillman, Stuart Craig: Rational Overeating in a Feast-or-Famine World: Economic Insecurity and the Obesity Epidemic. Institute of Labour Economics, University Otago, New Zealand, Discussion Paper, August 2017. **Deutsche Zusammenfassung auf: www.boeckler-impuls.de, Ausgabe 16/2017.**



EIN POLSTER FÜR MAGERE ZEITEN: Forscher reden von der «unbewussten Verfettungsreaktion».

BILD: FERNANDO BOTERO

Versteckte Kinder Ein Song, ein Film

1964 gewann die junge Gigliola Cinquetti in Sanremo den Song-Contest mit «Non ho l'età». Das Lied spielte aufs Schicksal der Emigrantenkinder in der fremdenfeindlichen Schweiz an, die sich vor den Behörden verstecken mussten. Es



FOTO: PD

war ein Volltreffer. Cinquetti erhielt Hunderte von Briefen. Vier Briefe von Carmela, Don Gregorio, Gabriella und Lorella sind erhalten. Der Tessiner Filmemacher Olmo Cerri hat die vier aufgesucht und in seinem von der Unia unterstützten Dokfilm porträtiert. Er zeigt die Ängste, Hoffnungen und Sehnsüchte der Emigration und leuchtet ein dunkles Kapitel der Schweizer Geschichte aus. **Unter redaktion@workzeitung.ch bietet work für die beiden Aufführungen in Bern und Zürich je 4 Gratistickets an.** Die Schnellsten gewinnen!

Olmo Cerri: Non ho l'età, 93 min, italienisch. Aufführungen: **11. November um 11 Uhr im Kino Rex in Bern** sowie am **28. November um 18.30 Uhr im Kino Kosmos in Zürich.** Trailer auf www.nonholeta.ch.

Engagierte Lieder

Der Chor von Magda Vogel

Der bekannte Zürcher Chor Die Vogelfreien hat ein neues Programm einstudiert. Es heisst «Songs across the border». Wie immer geht es nicht um Herzschmerz und Trallala, sondern um Songs, die sich mit gesellschaftlich relevanten Themen auseinandersetzen.



FOTO: PD

zen. Musikerin und Chorleiterin Magda Vogel sagt: «Wir singen wider das Vergessen, für Hoffnung und Freiheit.» Mit von der Partie ist der Pianist und Arrangeur John Wolf Brennan. Der Chor ist an zwei Benefizkonzerten am 17. und 18. November zu hören.

Freitag, 17. November, und Samstag, 18. November, jeweils um 19.30 Uhr in der Johanneskirche, Limmatstrasse 114, Zürich. www.dievogelfreien.ch.

Das gesunde Büro So geht's!

Zu viel Licht im Büro? Zu laut? Zu heiss, zu kalt? Wenn der Arbeitsplatz falsch eingerichtet ist, leidet nicht nur die Gesundheit. Auch die Produktivität bleibt tief. Denn nur wer sich wohl fühlt, ist auch leistungsfähig. Gesundheitsförderung Schweiz, eine vom Bund initiierte Institution, hat einen neuen Leitfaden für gesunde Büroräume erarbeitet. Darin wird auch der Weg aufgezeigt, wie die psychische Gesundheit der Mitarbeitenden gefördert werden kann.

Gesundheitsförderliche Büroräume – ein Leitfaden. Herausgegeben von Gesundheitsförderung Schweiz. 210 Seiten. **Download: rebrand.ly/buero.**

worklxl der wirtschaft

Hans Baumann



STEUERVORLAGE 17: ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN

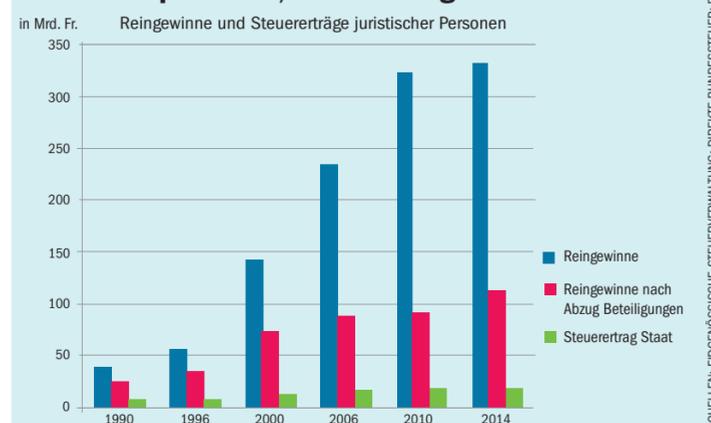
Seit 1990 sind die Reingewinne der Schweizer Kapitalgesellschaften von rund 40 auf über 330 Milliarden Franken gestiegen. Das ist zu einem Teil auf die Zunahme der steuerprivilegierten Holdings und anderer Sondergesellschaften zurückzuführen. Von den gesamten Reingewinnen werden deshalb deren Beteiligungsgewinne abgezogen, weil diese schon einmal versteuert wurden. Was übrigbleibt, ist dann der steuerbare Reingewinn. Aber auch diese Nettogewinne sind seit 1990 stark gestiegen, nämlich von 26 auf 113 Milliarden Franken. Sie haben sich also mehr als vervierfacht! Zum Vergleich: Die Löhne stiegen im gleichen Zeitraum nur um rund einen Drittel.

STEUERGESCHENKE. Ebenfalls nicht mithalten konnten die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Steuereinnahmen aus Kapitalgesellschaften erhöhten sich von rund 8 auf knapp 20 Milliarden. Sie

sind nur ungefähr halb so schnell gestiegen wie die Nettogewinne. Die Steuerbelastung der Unternehmen hat sich also fast halbiert. Ursache dafür sind die vielen Steuergeschenke, die Bund und Kantone den Unternehmen in den vergangenen 20 Jahren gewährt haben.

SO NICHT. Das Volk hat die Unternehmenssteuerreform III versenkt. Jetzt hat das Finanzdepartement einen neuen Vorschlag gemacht. Er heisst Steuervorlage 17 – und ist alter Wein in neuen Schläuchen. Zwar ist man den Gegnerinnen und Gegnern der USR III ein bisschen entgegengekommen. Aber immer noch können Unternehmen mit den neuen Instrumenten des Forschungsabzugs und der Patentbox bis zu 70 Prozent Steuern sparen. Entlastet werden weiterhin auch Grossaktionäre: Sie müssen ihre Dividendeneinnahmen nur teilweise versteuern. Gar nicht angerührt hat das Finanzdepartement den grossen

Gewinne explodieren, Steuern stagnieren



Beschluss der Unternehmenssteuerreform II: Dividendeneinnahmen aus Kapitaleinlagen bleiben weiterhin unversteuert. Seit 2011 wurden so 549 Milliarden Franken völlig steuerfrei an Aktionäre ausgeschüttet.

So geht es nicht! In einer neuen Vorlage dürfen Unternehmen nicht weiter entlastet werden, und die Steuerprivilegien der Aktionäre müssen weg.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



Das offene Ohr

Philip Thomas
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Bébé ist krank: Kann ich den Mutterschaftsurlaub verschieben?

Unser neugeborenes Kind ist krank und muss deswegen noch mindestens drei Wochen im Spital bleiben. Mein Arbeitgeber hat mir nun geraten, den Bezug des Mutterschaftsurlaubs aufzuschieben. Ist das überhaupt möglich?

PHILIP THOMAS: Ja, das geht. Normalerweise beginnt der Anspruch auf Mutterschaftsleistungen am Tag der Geburt und endet spätestens nach 14 Wochen. Wenn das Neugeborene aber kurz nach der Geburt mindestens drei Wochen im Spital bleiben muss, können Sie als Mutter beantragen, dass Ihr Anspruch auf Entschädigung erst mit der



BABY IM SPITAL. Bei Krankheit des Neugeborenen hat die Mutter spezielle Rechte. FOTO: FOTOLIA

Heimkehr des Kindes beginnt. Ferner gilt: Wenn die Mutter nach der Geburt ihres Kindes nicht arbeiten kann, weil das Kind im Spital bleiben muss, liegt eine unverschuldete Arbeitsverhinderung gemäss Artikel 324a OR vor. Den Arbeitgeber trifft hier eine Lohnfortzahlungspflicht, denn der Spitalaufenthalt des Kindes und damit einhergehend die Abwesenheit der Mutter wird wie eine eigene Krankheit behandelt.

Ungerechtfertigte Betreibung: Kann ich mich dagegen wehren?

Eine Firma hat mich für einen Betrag von 400 Franken betrieben. Ich kenne weder diese Firma, noch habe ich jemals dort etwas gekauft oder bestellt. Muss ich diesen Betrag wirklich bezahlen, oder kann ich mich gegen diese Betreibung wehren?

PHILIP THOMAS: Ja, Sie können sich wehren. Wer eine in Betreibung gesetzte Forderung bestreitet, hat dazu mit dem Rechtsvorschlag die Möglichkeit. Sie können diese Bestreitungserklärung sofort bei der Zustellung des



GELD HER: Grundlose Betreibung ist eine üble Masche mancher Firmen.

Zahlungsbefehls gegenüber dem Betreibungsbeamten abgeben oder aber, bei Zustellung durch die Post, spätestens innerhalb von 10 Ta-

gen mündlich oder schriftlich gegenüber dem Betreibungsamt. Ein Rechtsvorschlag muss normalerweise nicht begründet werden und ist auch kostenlos. Erheben Sie also auf jeden Fall gegen diese Betreibung Rechtsvorschlag. Möchte die Firma die Betreibung fortsetzen, so benötigt sie einen sogenannten Rechtsöffnungstitel, das wäre zum Beispiel eine Schuldanererkennung Ihrerseits oder ein Urteil für die Durchsetzung der Forderung.

Von Ausnahmen über Gutschriften bis Splitting – work erklärt die Begriffe So behalten Sie Ihre AHV

Wer glaubt, «die AHV läuft automatisch», kann im Alter eine böse Überraschung erleben. work sagt, was Sie alles wissen müssen.

SINA BÜHLER

Vor einem Monat hat das Stimmvolk die Rentenreform abgelehnt. Und damit bleibt vorerst alles beim alten. Frauen werden weiterhin ein Jahr vor den Männern, also mit 64, pensioniert. Und die AHV wird nicht erhöht. Sie bleibt bei minimal 1175 Franken und maximal 2350 Franken für eine volle Rente. Das Interesse an der Altersvorsorge sollten Sie aber nicht verlieren. Es irrt, wer glaubt: «Die AHV? Das erledigt doch die Firma für mich.» Wie immer gilt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Grundsätzlich ist die AHV, die sogenannte erste Säule, obligatorisch für alle Personen, die hier leben und arbeiten. Und zwar vom 1. Januar nach dem 17. Geburtstag an. Die Versicherungspflicht dauert bis zum 64. Geburtstag für Frauen, bis zum 65. Geburtstag für

Auch bei der eigenen AHV gilt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Männer. Auch Nichterwerbstätige müssen Beiträge bezahlen, vom 20. Geburtstag an. Beitragspflichtig sind auch Grenzgängerinnen und Saisoniers für die Zeit ihrer Erwerbsarbeit in der Schweiz. Zusammen mit den AHV-Beiträgen werden auch jene an die Invalidenversicherung (IV) und an die Erwerbsersatzordnung (EO) vom Lohn abgezogen.

AUSNAHME

Es gibt eine Ausnahme zur Versicherungspflicht: Wenn Sie weniger als 2300 Franken im Jahr beim selben Arbeitgeber verdienen, dann kann die Firma auf den Abzug der AHV-Beiträge verzichten. Für Arbeitnehmende lohnt sich das aber nie, denn es sind Beiträge, die Ihnen später bei der Berechnung der Rente fehlen. Sie tun also gut daran auch bei «geringfügigen Löhnen», wie alles unter 2300 Franken heisst, einen Abzug zu verlangen. Diesen Abzug

müssen Sie aber explizit einfordern. Die Auskunft «Das machen wir bei tiefen Löhnen nicht» müssen Sie keinesfalls akzeptieren. Nicht auf den Abzug verzichten können ausserdem Personen, die in Privathaushalten arbeiten, und Künstlerinnen und Künstler, die für Schulen, Radio und Fernsehen, Theater, Plattenaufnahmen und Orchester arbeiten.

ABZUG

Den Arbeitnehmenden werden die Beiträge direkt vom Lohn abgezogen und durch die Firma noch verdoppelt. Der Abzug für die AHV beträgt 8,4 Prozent des Lohnes, die Hälfte zahlen Sie, die andere Ihre Firma. Dazu kommen Abzüge von insgesamt 1,4 Prozent für die IV und von 0,45 Prozent für die EO.

NICHTERWERBSTÄTIGE

Hausfrauen und -männer, IV-Rentner oder Studierende müssen ebenfalls AHV, IV und EO-Beiträge bezahlen, auch wenn sie kein Einkommen haben. Ihre Höhe wird in Bezug zum Vermögen berechnet. Der Mindestbeitrag beträgt 478 Franken pro Jahr, der Höchstbetrag 23 900. Die genaue Tabelle finden Sie hier: www.ahv-iv.ch/p/2.03.d Achtung: Der Bund passt dies alle zwei Jahre an, das nächste Mal ist das per 1. Januar 2018 der Fall.

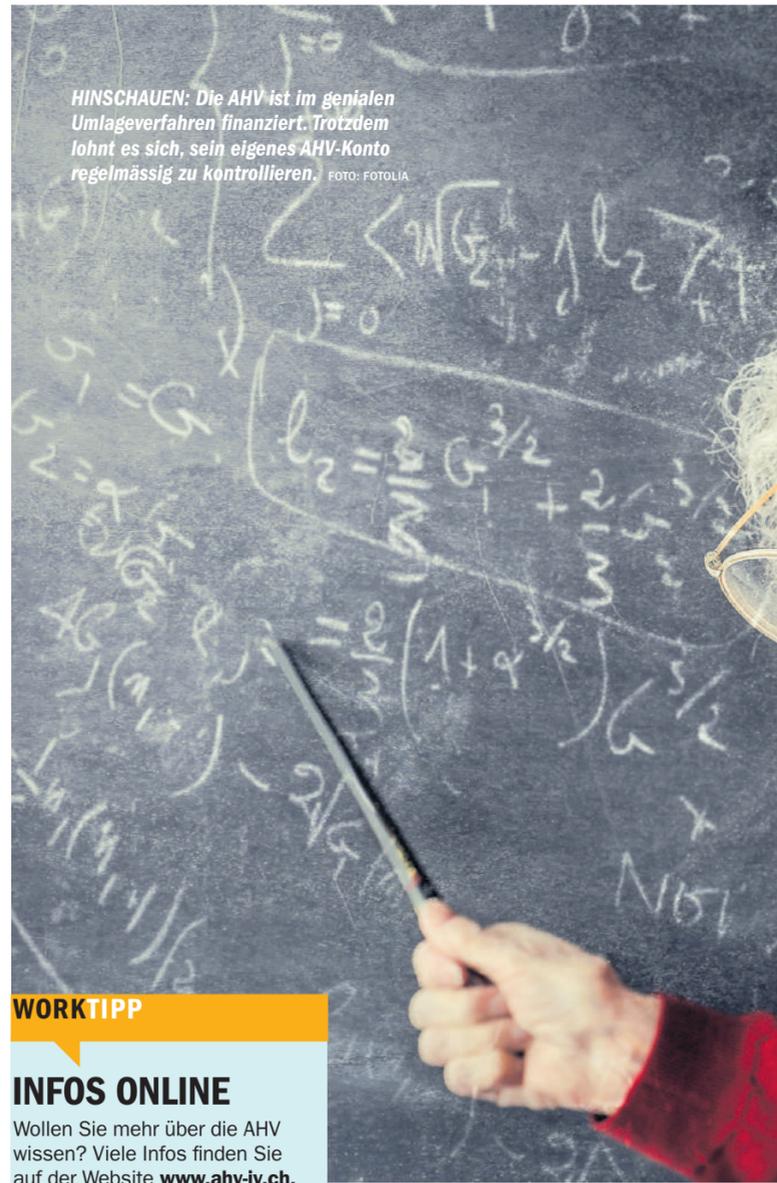
SELBSTÄNDIGE

Als Selbständigerwerbende zahlen Sie die gesamten Beiträge selber, es sind je nach Erwerbseinkommen und Eigenkapital zwischen 5,196 und 9,65 Prozent. Dazu kommt ein Beitrag an die Familienzulagen und Beiträge an die Verwaltung der SVA. Haben Sie einen Verlust gemacht, wird nur der Mindestbeitrag fällig.

SCHEIDUNG

Bei einer Scheidung werden die AHV-Konti gesplittet. Das heisst, beide Ehepartner müssen die Hälfte ihrer während der Ehe einbezahlten Beiträge teilen. Auch

HINSCHAUEN: Die AHV ist im genialen Umlageverfahren finanziert. Trotzdem lohnt es sich, sein eigenes AHV-Konto regelmässig zu kontrollieren. FOTO: FOTOLIA



WORKTIPP

INFOS ONLINE

Wollen Sie mehr über die AHV wissen? Viele Infos finden Sie auf der Website www.ahv-iv.ch, wo es Broschüren zu jeder Lebenssituation gibt. Auch die Website der Bundeskanzlei www.ch.ch hat viele zusätzliche Informationen zur ersten Säule.

ein Ehevertrag über Gütertrennung ändert nichts daran. Sie können das Splitting auch erst bei Ihrer Pensionierung verlangen, es lohnt sich aber, dies sofort nach der Rechtsgültigkeit der Scheidung zu tun.

Einerseits, weil das späte Splitting Ihren Rentenbezug verzögern kann, andererseits, weil die

Erinnerung an Ihre Einzahlung da noch frischer ist. Kontrollieren Sie, dass die Beiträge korrekt verbucht sind, und überprüfen Sie auch, ob Erziehungs- und Betreuungsgutschriften korrekt eingetragen sind.

VERHEIRATETE NICHTERWERBSTÄTIGE

Wenn Ihre Ehefrau, Ihr Ehemann oder Ihre eingetragene Partnerin beziehungsweise Partner den doppelten Mindestbeitrag in die AHV einzahl, müssen Sie nichts zu-



FRISCH: Tiefkühlen ist eine tolle Methode, Lebensmittel länger haltbar zu machen. Doch an einige Grundregeln muss man sich halten. FOTO: ISTOCK

work sagt, wie Ihre Tiefkühltruhe Richtig einfrieren,

Tiefkühlfächer gibt es in allen Schweizer Haushalten. Doch wie lange bleiben gefrorene Nahrungsmittel geniessbar?

SINA BÜHLER

Clarence Birdseye, ein New Yorker Biologe, forschte vor über 100 Jahren im hohen Norden Kanadas. Dabei ging er mit den Inuit, den Ureinwohnern, zum Eisfischen und erkannte, dass die gefangenen Fische bei minus 40 Grad sofort einfroren. Und nach dem Auftauen immer noch frisch schmeckten. Dank dieser Erkenntnis sollte Birdseye zum Millionär werden. Er gründete das erste Tiefkühlkostimperium, seine Firma «Birds Eye» wird in den fünfziger Jahren Fischstäbchen erfinden.



Wie lange hält welche Art Tiefgekühltes?

GEKAUFTES. Hier können Sie nach dem aufgedruckten Ablaufdatum gehen. Dass dieses so unterschiedlich ist, hat oft nicht nur mit dem Inhalt, sondern auch mit der Verpackung zu tun. Karton ist weniger resistent als Plastic.

GEKOCHTES. Das Prinzip gilt auch hier: Je schneller die Gerichte eingefroren werden können, desto länger schmecken sie frisch. Falls Sie extra zu viel gekocht haben, um später

der ersten Säule im Blick



sätzlich einzahlen, falls Sie nicht erwerbstätig sind. Zurzeit sind das 956 Franken (der Mindestbeitrag ist 478 Franken). Sobald der einzahlende Partner aber pensioniert wird, müssen auch verheiratete Nichterwerbstätige selber einzahlen. Denken Sie daran, sich sofort bei der SVA anzumelden.

ERZIEHUNGS- UND BETREUUNGSGUTSCHRIFTEN

Wenn Sie Kinder (auch Adoptivkinder) haben oder sich um ein pflegebedürftiges Familienmit-

glied kümmern, können Sie sich Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften anrechnen lassen. Dabei handelt es sich um ein fiktives Einkommen, das Ihnen bei der Rentenberechnung gutgeschrieben wird.

Die Gutschriften für Kinder bekommen Sie, wenn Sie das Sorgerecht haben. Liegt dies bei beiden Eltern, wird es bei Verheirateten hälftig angerechnet. Bei Geschiedenen oder Unverheirateten kommt die Aufteilung auf die Betreuungsleistung an.

BEITRAGSLÜCKEN

VERLANGEN SIE EINEN AUSZUG

Lücken sind gefährlich. Vor allem in der AHV. Denn Beitragslücken haben immer Folgen für Ihre Rente. Wenn Sie sich nicht sicher sind, ob alle Ihre Arbeitgeber die AHV-Beiträge immer korrekt einbezahlt haben, oder wenn Sie wissen, dass Sie gar keine Beträge geleistet haben, lohnt es sich, das zu überprüfen. Haben Sie Beitragslücken, die weniger als fünf Jahre zurückliegen, können Sie diese noch schliessen. Und zwar, indem Sie den jährlichen AHV-Mindestbeitrag nachträglich einzahlen.

RECHNEN. Um genau Bescheid zu wissen, wie Sie im Alter finanziell gestellt sein werden, können Sie jederzeit einen AHV-Auszug verlangen. Es ist zwar wahrscheinlich, dass Sie bei mehr als einer Ausgleichskasse ein Konto haben (dann nämlich, wenn Sie für verschiedene Arbeitgeber tätig waren), das Geld geht aber in einen einzigen Topf. Den Auszug können Sie deshalb bei einer einzigen Kasse verlangen. Wie das geht, erfahren Sie hier: rebrand.ly/kontoauszug. Sie können auch berechnen lassen, wie hoch Ihre ungefähre Rente bei der Pensionierung sein wird. Wie und wo Sie diesen Antrag auf Rentenvorausberechnung stellen können, sehen Sie unter rebrand.ly/vorausberechnung.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SPRICH MIT DER SONNENBLLENDE: Nachträglich eingebaute Freisprechanlagen sind einfach zu montieren und kosten weniger als eine Busse wegen Telefonierens am Steuer. FOTO: PD

Gut und günstig im Auto legal telefonieren

Telefonieren am Steuer ist nur mit einer Freisprecheinrichtung erlaubt. Wenn Ihr Auto keine eingebaut hat, können Sie selber eine kaufen und montieren. Das geht einfach: Sie klemmen das Gerät mit einem Clip oder Gummiband an die Sonnenblende. Dann verbinden Sie es via Funk (Bluetooth) mit dem Handy. Ruft jemand an, genügt ein Druck auf einen Knopf am Gerät, und Sie können via Mikrofon mit dem Anrufer sprechen.

Freisprechanlagen gibt es für wenig Geld – und zwar auch gute!

GÜNSTIG. Viele Freisprechanlagen kosten deutlich mehr als 100 Franken. Es gibt aber auch günstigere Modelle. In einem Saldo-Test haben diese zwei Modelle für unter 50 Franken gut abgeschnitten:

- **Hama MyVoice Car**, gekauft bei digitec.ch, Fr. 49.–: Die Gespräche waren gut verständlich, Autogeräusche waren kaum zu hören. Auch die Bedienung ist einfach, mit nur einer Taste. Man muss allerdings auswendig wissen, wie oft und wie lange man für die verschiedenen Funktionen drücken muss.
- **Technaxx BT-X22 KFZ-Bluetooth**, gekauft bei internet.ch, Fr. 25.65: Auch hier war die Tonqualität ziemlich gut. Nachteil des Geräts: Das Ladekabel ist sehr kurz. Wer während der Fahrt aufladen muss, kann das Gerät je nach Auto nicht an der Sonnenblende befestigen. Schlechte Noten gab's im Test für Jabra Drive, LogiLink BT0014 und Parrot Minikit+. Bei diesen Geräten waren die Gespräche nicht gut verständlich. MARC MAIR-NOACK

nicht zur Lebensmittelfalle wird richtig auftauen

selbstgemachte Fertigenus schnell auf den Tisch stellen zu können, sollten Sie das ganze Gericht so schnell wie möglich abkühlen und einfrieren: im Eiswasserbad beispielsweise oder im Winter auf dem Fens-

Auch wenn's Platz braucht: frieren Sie kleine Portionen ein.

tersims. Achten Sie auch auf das Gefäss, in dem Sie das Gericht aufbewahren. Nicht jede Tupperware-Box, nicht jeder Plasticbeutel ist für den Tiefkühlschrank geeignet. Die Gefässe müssen kältefest, säure-resistent, luftdicht, brech- und reissfest sein. Achten Sie auch auf das Frostsymbol. Drücken Sie vor dem Einfrieren die Luft

aus den Beuteln – Sauerstoff lässt Lebensmittel schneller verderben.

FRÜCHTE. Früchte lassen sich sehr gut einfrieren. Allerdings werden stark wasserhaltige Früchte wie Erdbeeren beim Auftauen rasch matschig. Tipp: püriert einfrieren!

PORTIONEN. Füllen Sie die Nahrungsmittel von Anfang an in Portionsgrößen ab, in denen Sie sie später wieder auftauen wollen. Einmal Aufgetautes sollten Sie nicht wieder einfrieren.

DER NASE TRAUEN. Ob Lebensmittel noch geniessbar sind, erkennen Sie am einfachsten an Geruch und Aussehen. Schnei-

den Sie verdorbene Stellen ab, und erhitzen Sie die Gerichte stark. Tiefgekühltes verdirbt selten vollständig, aber die Qualität leidet. Am längsten aufbewahren können Sie übrigens Kartoffeln: Pommes frites haben eine Haltbarkeit von bis zu 18 Monaten. Pizza bleibt gefroren etwa ein Jahr gut.

Beim Selbstgekokchten liegt die Ablauffrist bei drei Monaten, bei ungekochten Würstchen und Hackfleisch ebenfalls. Fisch bleibt vier Monate frisch, Poulet können Sie bis zu 10 Monate tiefkühlen, Braten fast ein Jahr lang. So lang bleibt auch das meiste Gemüse noch geniessbar. Brot hingegen wird nach drei Monaten schlecht, was Sie an den weissen Flecken erkennen können.

MEHR INFOS

NICHT WEGWERFEN

Wer Lebensmittel tiefkühlt, wirft weniger weg. Das gilt aber nur, wenn Sie es richtig machen – ansonsten landen sie einfach ein paar Monate später im Abfall. Und das mit höheren Kosten, weil Tiefkühler sehr viel Strom brauchen. Die Stiftung für Konsumentenschutz hat einen Flyer dazu verfasst: rebrand.ly/tiefrieren.

Wo soll die Pensionskasse anlegen? Bei der Rente mitbestimmen

Auch Angestellte können paritätisch mitbestimmen, wie ihre Pensionskassengelder angelegt werden. In Movendo-Kursen erfahren Sie alles Notwendige.

Das BVG, das Bundesgesetz über die berufliche Altersvorsorge, verpflichtet Angestellte zum Sparen in der zweiten Säule, der Pensionskasse. Es ist zwar die Firma, die sich einer Versicherung anschliesst, aber auch Arbeitnehmende können viel mitbestimmen. Das BVG sieht vor, dass sie paritätisch in den Stiftungsräten vertreten sind. Der Stiftungsrat ist das oberste Organ einer Pensionskasse und entscheidet beispielsweise über die Verzinsung der Altersguthaben oder den

Umwandlungssatz – über Fragen also, die sich direkt auf die Leistungen auswirken. Wer sich als Vertreterin oder Vertreter der Angestellten in einen Stiftungsrat wählen lässt, kann auf die Unterstützung des gewerkschaftlichen Bildungsinstituts Movendo zählen. Im Basis- beziehungsweise Aufbaukurs für Stiftungsräte lernen Sie alle notwendigen Grundlagen, um diese wichtige Aufgabe gut erfüllen zu können. (sib)

Für Gewerkschaftsmitglieder ist mindestens ein Movendo-Kurs im Jahr kostenlos. Nächster **Basiskurs** und **Aufbaukurs** für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen: ab 8.11.2017 in Vitznau. Anmeldung: www.movendo.ch

MOVENDO

WORKLESERFOTO



Besuch auf der Baustelle

WANN 7. Juli 2017

WO Baustelle in Luzern

WAS Feuersalamander

Eingesandt von Vasfi Bajrami, Othmarsingen AG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie **100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

WORK 17 / 20.10.2017: KRANKENKASSE – REZEPT GEGEN DEN PRÄMIENKOLLER

Köpft endlich die Kopfprämie

Ich bin immer gespannt auf die neue Nummer von work, weil da beschrieben wird, an was es uns fehlt... Beim Artikel zum Prämienkoller aber ging etwas vergessen, was die Kassenprämien für viele senken könnte. Ich meine die Kopfprämie für die Grundversicherung, die man endlich «köpfen» sollte. Das heisst nicht abschaffen, aber doch diverse Stufen festlegen, je nach Einkommen. Es ist doch widerlich zu wissen, dass dafür der Christoph Blocher gleich viel zahlt wie seine Putzfrau!

OTTO TOBLER, RÜSCHLIKON ZH

VATERSCHAFTSURLAUB

Zeitgemäss

Der Bundesrat lehnte am vergangenen Mittwoch den Vaterschaftsurlaub, der zwanzig Tage Urlaub verlangt, sowie den Gegenentwurf ab. Der vom Bundesrat angeführte Hauptpunkt für die Ablehnung sind die Kosten: Laut Berechnungen würde der Vaterschaftsurlaub 420 Millionen Franken pro Jahr kosten. Gleichtags stellte der Bundesrat aber eine Milliarde Franken für die Olympischen Winterspiele von 2026 in Aussicht. Gemäss einer Studie von Pro Familia wünschen sich 90 Prozent der Männer mehr Zeit und Flexibilität, um für ihre Kinder da zu sein. Immer mehr Frauen wollen nach der Geburt schnell in den Berufsalltag zurück. Diese Tatsache entschärft auch den Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt.

In den letzten 10 Jahren wurden im Parlament über 30 Vorstösse zu Vaterschafts- oder Elternurlaub diskutiert und abgelehnt. Ich hoffe, der Souverän wird beim erneuten Vorstoss nun zeitgemäss – auch im Hinblick auf die Väter – einlenken.

RUPAN SIVAGANESAN, ZUG

WORKFRAGE VOM 20.10.2017

Was halten Sie von der 99%-Initiative?

GUT ERKLÄRT

Es immer wieder beeindruckend, wie work komplexe Zusammenhänge einfach erklären kann. Das neueste Beispiel ist die 99-Prozent-Initiative der Juso. Ich gebe zu: als ich das erste Mal davon hörte, habe ich auch gedacht, das sei zwar vielleicht ein guter Denkanstoss der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, aber viel zu radikal und darum chancenlos. Nach den guten Erklärungen von Oliver Fahrni ist für mich jetzt klar: die Juso-Initiative ist nicht einfach nur sympathisch, sie ist auch dringend nötig. Lassen wir uns also nicht vom politischen Gegner verunsichern: Arbeit muss sich lohnen – und Geld arbeitet nicht!

SANDRA PFAMMATTER, BERN

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

INSERAT



Der Verband des Personals öffentlicher Dienste ist die Gewerkschaft des Service public für Angestellte bei Bund, Kantonen, Gemeinden und Privatunternehmen.

Sind Sie bereit, sich engagiert und professionell für die Anliegen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bereich Luftverkehr einzusetzen? Infolge Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers suchen wir per **1. März 2018** oder nach Vereinbarung für die Sektion Luftverkehr des VPOD eine/-n

Regionalsekretär/-in (80–100%)

- Sie leiten die VPOD-Sektion Luftverkehr in allen operativen Belangen und organisieren die ehrenamtlichen Organe.
- Sie führen die Verhandlungen mit verschiedenen Arbeitgebern an den Flughäfen Zürich und Basel über Gesamtarbeitsverträge, Lohnentwicklungen, Sozialpläne, Pensionskassen usw.
- Sie beraten und betreuen Einzelmitglieder, Personalkommissionsmitglieder und Betriebsgruppen der VPOD-Sektion Luftverkehr, planen und führen Kampagnen, engagieren sich in der Mitgliederwerbung und nehmen Einsitz in diversen Gremien.

Sie bringen mit:

- vorzugsweise Abschluss auf tertiärem Niveau und/oder Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit
- Kenntnisse in arbeitsrechtlichen und gewerkschaftspolitischen Fragen
- Belastbarkeit, Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen
- Bereitschaft zu flexiblen Arbeitseinsätzen
- guten schriftlichen Ausdruck und sicheren Auftritt vor Publikum
- Erfahrung in gewerkschaftlichem Engagement erwünscht

Wir bieten:

- faire Anstellungsbedingungen
- überdurchschnittliche Sozialleistungen
- einen engagierten Vorstand
- abwechslungsreiche und interessante Tätigkeit
- Arbeit in kleinem Team mit hohem Mass an Selbstständigkeit
- mit ÖV gut erreichbaren Arbeitsplatz in der Nähe des Flughafens Zürich

Nähere Auskünfte erhalten Sie beim jetzigen Stelleninhaber René Zurin (044 8106987).

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte elektronisch bis am **19. November 2017** an: vpod.luftverkehr@bluewin.ch.

Beachten Sie auch www.luftverkehr.vpod.ch.



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Der gewerkschaftliche Aufbau im Dienstleistungssektor entwickelt sich positiv. Zur Ergänzung und Unterstützung unseres nationalen Sektorleitungsteams Tertiär suchen wir ab 1. Januar 2018 oder nach Vereinbarung eine/-n

Nationale/-n Gewerkschaftssekretär/-in für Dienstleistungsbranchen (60–80%)

Ihr Aufgabenbereich

- Organisation von Anlässen und Konferenzen
- Protokollführung und allgemeine Sekretariatsarbeiten
- administrative und organisatorische Mitarbeit bei Kampagnen und Aktionen
- Mitarbeit bei der Budgeterstellung und -kontrolle
- Mitarbeit in Projekten im Bereich unserer Interessengruppen Frauen, Migration und Jugend
- Schreiben und Redigieren von (politischen) Texten

Unsere Anforderungen

- Erfahrung als Gewerkschaftssekretär/-in oder in verwandten Berufstätigkeiten
- Erfahrung in der Leitung von Kampagnen und Projekten
- konzeptionelles und strategisches Denken
- Organisations- und Planungsfähigkeit
- grosse Überzeugungskraft und Kommunikationsfähigkeit
- sehr gute Deutschkenntnisse mit guten Französischkenntnissen oder umgekehrt

Wir bieten

- spannende und vielfältige Arbeit in der Unia-Zentrale in Bern
- gute Zusammenarbeit im Team
- flexible Arbeitsgestaltung (zeitlich und inhaltlich)
- gute Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben

Arbeitsort: Bern

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Mauro Moretto (Co-Leiter des Sektors), Tel. 031 350 22 93.

Interessiert? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen bis am **13. November 2017** an: bewerbung.be@unia.ch

Unia Zentralsekretariat, Personalmanagement, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern 15

**STEFAN BRUDERER
DER EWIGE
REISENDE**

Stefan Bruderer kommt aus Mauren, einem 500-Seelendorf im Thurgau. Als er ein Kind war, fuhren von dort «nur fünf Busse am Tag» weg. Seit zehn Jahren wohnt er in Zürich in einer dreiköpfigen Wohngemeinschaft. Bei der Gewerkschaft SEV ist Bruderer seit seinem zweiten Lehrjahr aktives Mitglied. In seiner Freizeit ist er oft unterwegs. Er reist gerne durch Europa, natürlich mit dem Zug, und in der Schweiz ist er oft auch mit dem Velo unterwegs.

ROTES AUTO. Falls er mal Auto fährt, dann «nur mit dem besten Auto, dem roten Mobility-Wagen». Bruderer ist auch «immer mal wieder in den Bergen anzutreffen» und kandidiert für die SP für den Zürcher Gemeinderat. Er verdient ein Jahr nach Ausbildungsabschluss rund 90'000 Franken im Jahr.



Stefan Bruderer (28) kommt aus dem Thurgau und fährt als Lokomotivführer Zürcher S-Bahnen

«Die plötzliche Stille»

Zum ersten Mal allein einen Zug fahren, das sei eine grosse Sache gewesen, erzählt Lokomotivführer Stefan Bruderer.

MARKUS KESTENHOLZ | FOTOS JASMIN FREI

Pünktlichkeit ist für Stefan Bruderer (28) das halbe Leben. Der Zug fährt exakt zwei Minuten vor der vollen Stunde am Hauptbahnhof Zürich ein. Bruderer wartet bereits vorne am Prellbock, ein breites Lachen im Gesicht. Auch an seinem freien Tag sitzt die Arbeitskleidung. Der junge Lokführer steuert das Restaurant Oase an, wo er Kollegen ebenfalls in Berufsuniformen trifft. Bruderer ist nun seit einem Jahr alleine im Führerstand unterwegs. Vom typischen Bubentraum will er aber nichts

wissen, wobei: «Es gibt einen alten Aufsatz von mir, wo der Lokführer schon drinstand», sagt er.

Bruderer fährt derzeit meist S-Bahnen in der Grossregion Zürich. Von der Arbeit spricht er mit Begeisterung. Die Verantwortung sei natürlich gross, ja, aber wichtiger ist ihm, den Job auch zu geniessen: «In unserer Kultur scheint das ja ein wenig verdächtig, wenn sich jemand neben der Freizeit auch auf seine Arbeit freut. Aber ich freue mich jeweils wirklich, arbeiten zu gehen!»

KUNDENKONTAKT. Den SBB ist Lokführer Bruderer schon lange treu. Ein Test in der Berufsberatung in der Oberstufe hatte ihm die Richtung vorgegeben. Schon im dritten

Jahr der kaufmännischen Lehre interessierte er sich für den Zugverkehrsleiter, der damals noch Fahrdienstleiter hiess: «Im Zentralstellwerk Zürich, dem auffälligen Turm, wenn man in Zürich einfährt, fühlte ich mich wohl.» Doch mit der Zentralisierung und dem Umzug an den Flughafen in die alten Skyguide-Räumlichkeiten habe ihm irgendwann der Kontakt zu den Leuten gefehlt. Darum fährt Bruderer nun Züge, wo er näher bei den Leuten ist. Er sagt: «Klar kann man sich sehr gut in die Lok zurückziehen, doch ausserhalb der Fahrzeit ist es immer möglich, den Kontakt zur Kundschaft zu suchen.» Er weiss schliesslich auf die meisten Fragen eine Antwort: «also spricht nichts dagegen, mit der Warnweste Auskünfte zu geben oder



«KEINEN BOCK SCHIESSEN»: Trotz allen technischen Unterstützungsmassnahmen lastet auf den Lokführern immer noch eine grosse Verantwortung.

am Endbahnhof mal herumliegende Zeitungen einzusammeln.»

Während der Ausbildungszeit und auf seinen ersten Fahrten begleitete den jungen Lokführer ein erfahrener Kollege. Dieser zeigte ihm jeden Arbeitsschritt, wies ihn auf jedes Signal hin, damit nichts vergessen ging. Direkt nach der Ausbildung dann, «in der plötzlichen Stille», fuhr er zum ersten Mal alleine einen Zug: «Das war eine grosse Sache!» Doch dieses Gefühl überkomme ihn auch heute noch: «Manchmal wird mir bewusst, dass hinter mir im Zug Hunderte von Leuten sitzen, die sich darauf verlassen, dass ich keinen Bock schiesse.» Doch seine Aufmerksamkeit richtet er vor allem nach vorne, auf die Strecke. Beinahe etwas fatalistisch meint er: «Wegen der langen Bremswege sind wir Lokführer Unerwartetem meist eh ausgeliefert.»

PRIVILEGIERT. Die Last seiner Verantwortung spürt Bruderer auch ausserhalb des Führerstands: «Es ist sonnenklar, dass ich stets gut ausgeruht zur Arbeit komme.» Mal müde oder gar angetrunken zu erscheinen sei vollkommen undenkbar. Es gibt strikte Vorschriften in Bezug auf Ruhezeiten im Arbeitsgesetz, aber auch in SBB-internen Regelungen. Bruderer: «Maximal viereinhalb Stunden Fahren ohne Pause wären erlaubt, doch im Normalfall kommt die Pause viel früher.»

Eine Lebensplanung macht der junge Lokführer nicht – auf dem Beruf will er bleiben, solange es ihm Spass macht. Daran, dass das Berufsbild des Lokführers sich ändern wird, zweifelt er allerdings nicht: «Auch wenn die Fahrzeuge jeweils für die nächsten 40 Jahre eingekauft werden, wird es gewiss schon vorher einen Wandel geben.» So leicht würden ihn die SBB aber nicht los, sagt er. Schliesslich sei er privilegiert, nicht zuletzt aufgrund des Gesamtarbeitsvertrags. Einer der Besten in der Schweiz: «Bei uns sind die Sozialleistungen auf einem guten Niveau.»

Seinen Einsatzplan kennt Bruderer jeweils für ein ganzes Jahr. Er umfasst bis zu 26 verschiedene Dienste, dazu noch Früh- und Spätdienste. Bruderer sagt: «Ich kann Arbeitszeit ansammeln und mir Nacht- und Sonntagszulagen in Freizeit auszahlen lassen. Dieses Arbeitszeitmodell gibt mir ein hohes Mass an Freiheit.» Er könne die Arbeit normalerweise gut auf sein Privatleben abstimmen. Und: «Sobald ich den Zug nach der Übergabe verlasse, bin ich sofort fertig, ich nehme nichts mit. Das ist viel wert.»

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Endo Anaconda, Hans Baumann, Peter Bodenmann, Sina Bühler, Martin Jakob, Markus Kestenholz, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92'906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.